

Lagebild **Verfassungsschutz**



INHALTSVERZEICHNIS

I.	DER VERFASSUNGSSCHUTZ IM SAARLAND.....	7
1.	GESETZLICHE GRUNDLAGE.....	7
2.	BEOBSACHTUNGSAUFGABEN DES VERFASSUNGSSCHUTZES.....	7
3.	ARBEITSWEISE UND BEFUGNISSE DES VERFASSUNGSSCHUTZES.....	8
4.	KONTROLLE DES VERFASSUNGSSCHUTZES.....	9
5.	AUFBAUORGANISATION DES LfV SAARLAND.....	10
II.	BEOBSACHTUNGSBEREICH RECHTSEXTREMISMUS 2013	11
1.	ALLGEMEINE ENTWICKLUNG UND ZAHLEN	11
1.1	PERSONENPOTENZIAL.....	11
1.2	POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT (PMK)	12
1.3	ENTWICKLUNG, TENDENZEN	15
2.	EINZELASPEKTE.....	18
2.1	NPD.....	18
2.1.1	ZUR ORGANISATIONSSTRUKTUR DER SAAR-NPD	18
2.1.2	BETEILIGUNG DER SAAR-NPD AN DER BUNDESTAGSWAHL 2013	19
2.1.3	SONSTIGE NENNENSWERTE REGIONAL-POLITISCHE AKTIVITÄTEN DER NPD	21
2.1.4	BETEILIGUNG AN ÜBERREGIONALEN AKTIVITÄTEN	22
2.2	SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN UND GEWALTORIENTIERTE RECHTSEXTREMISTEN – INSBESONDERE SKINHEAD-/KAMERADSCHAFTS-SZENE UND „HAMMERSKINS“(HS).....	24
2.3	RECHTSEXTREMISTISCHE MUSIK.....	25
2.4	RECHTSEXTREMISTISCHE MUSIKVERANSTALTUNGEN MIT SAARLÄNDISCHER BETEILIGUNG IM IN- UND AUSLAND	26
2.5	NUTZUNG NEUER MEDIEN - SAARLÄNDISCHE RECHTSEXTREMISTEN ONLINE	27
III.	BEOBSACHTUNGSBEREICH LINKSEXTREMISMUS 2013.....	28
1.	ALLGEMEINE ENTWICKLUNG UND ZAHLEN	28
1.1	PERSONENPOTENZIAL.....	28
1.2	POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT (PMK)	29
1.3	ENTWICKLUNG, TENDENZEN	30
2.	EINZELASPEKTE.....	31
2.1	ORGANISierter LINKSEXTREMISMUS.....	31
2.1.1	DEUTSCHE KOMMUNISTISCHE PARTEI (DKP)	32
2.1.2	MARXISTISCH-LENINISTISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS (MLPD)	33
2.2	GEWALTORIENTIERter LINKSEXTREMISMUS	34
2.2.1	AUTONOME	34
2.2.2	ANTIIMPERIALISTISCHE SZENE SAAR	42
IV.	BEOBSACHTUNGSBEREICH AUSLÄNDEREXTREMISMUS / ISLAMISMUS 2013	45
1.	ALLGEMEINE ENTWICKLUNG UND ZAHLEN	45
1.1	PERSONENPOTENZIAL.....	45
1.2	POLITISCH MOTIVIERTE KRIMINALITÄT (PMK)	47
1.3	ENTWICKLUNGEN	47
2.	EINZELASPEKTE AUS DEM BEOBSACHTUNGSBEREICH AUSLÄNDEREXTREMISMUS OHNE ISLAMISMUS / ISLAMISTISCHER TERRORISMUS	49
2.1	PKK	49
2.1.1	ALLGEMEINE ENTWICKLUNGEN IM BEREICH DER PKK.....	49
2.1.2	STRUKTUR DER PKK.....	53
2.1.3	AKTIVITÄTEN DER SAARLÄNDISCHEN PKK-ANHÄNGERSCHAFT	54
2.2	LIBERATION TIGERS OF TAMIL EELAM (LTTE)	56
3.	EINZELASPEKTE AUS DEM BEOBSACHTUNGSBEREICH ISLAMISMUS / ISLAMISTISCHER TERRORISMUS.....	59
3.1	ISLAMISMUS	59
3.2	ISLAMISTISCHER TERRORISMUS.....	61
V.	SPIONAGE-/ SABOTAGEABWEHR, WIRTSCHAFTSSCHUTZ	63
VI.	ORGANISIERTE KRIMINALITÄT.....	69

ANHANG.....	70
1. RECHTSEXTREMISMUS.....	70
1.1 RECHTSEXTREMISTISCHE PARTEIEN.....	70
1.2 SUBKULTURELL GEPRÄGTE RECHTSEXTREMISTEN UND GEWALTORIENTIERTE RECHTSEXTREMISTEN.....	71
1.3 RECHTSEXTREMISTISCHE BANDS	71
1.4 KAMERADSCHAFTEN	71
2. LINKSEXTREMISMUS	72
2.1 GEWALTORIENTIERTE AUTONOME SZENE SAAR.....	72
2.2 GEWALTORIENTIERTE ANTIIMPERIALISTISCHE SZENE SAAR	72
2.3 LINKSEXTREMISTISCHE PARTEIEN	73
3. AUSLÄNDEREXTREMISMUS (OHNE ISLAMISMUS).....	73
4. ISLAMISMUS / ISLAMISTISCHER TERRORISMUS	74

Liebe Bürgerinnen und Bürger,

die Institution Verfassungsschutz ist ein wesentliches Merkmal unserer Verfassung, das neben der „Wertgebundenheit der Verfassung“ und der „Abwehrbereitschaft des Staates“ ein unverzichtbares Instrument unserer wehrhaften Demokratie darstellt. Der Verfassungsschutz dient dem Schutz unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung sowie dem Bestand und der Sicherheit des Bundes oder eines Landes.



Die Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, als sogenanntes „Frühwarnsystem“ Gefahren für unsere Demokratie bzw. die Sicherheit unseres Landes frühzeitig zu erkennen, damit diese effektiv bekämpft werden können.

Mit dem Bekanntwerden der Mordtaten des Nationalsozialistischen Untergrunds wurden zu Recht Zweifel am Funktionieren einer verlässlichen Sicherheitsarchitektur in Deutschland laut. In diesem Zusammenhang ist Vertrauen verloren gegangen, das zurück gewonnen werden muss.

Die Aufarbeitung der Rolle der Sicherheitsbehörden am Beispiel der rechtsextremen Terrorserie führte unter anderem zu dem Ergebnis, dass ein verbesserter Informationsaustausch zwischen Nachrichtendienst, Polizei und Justiz unabdingbar ist. Im gleichen Kontext haben sich die Innenminister auf eine Neuausrichtung des Verfassungsschutzes verständigt, mit der unter anderem eine noch stärkere Positionierung des Verfassungsschutzes in der Mitte der Gesellschaft angestrebt wird.

Mit der ersten Veröffentlichung des „Lagebild Verfassungsschutz“ soll ein weiterer Schritt hin zu mehr Transparenz und Offenheit gemacht werden, um allen Bürgerinnen und Bürgern die Ergebnisse der Arbeit des Verfassungsschutzes im Saarland nahezubringen und sie zu einem konstruktiven Dialog einzuladen. Dem widerspricht aus meiner Sicht die Aufrechterhaltung der notwendigen Geheimhaltungsgrundsätze eines operativen Nachrichtendienstes nicht. Sie müssen lediglich im Hinblick auf die neue Philosophie eines transparenteren Verfassungsschutzes entsprechend ausbalanciert werden. Denn nur ein Nachrichtendienst, der sich auf der einen Seite der Öffentlichkeit stellt, kann auf der anderen Seite Akzeptanz für den Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel erwarten.

Der Beobachtungsschwerpunkt des Landesamtes für Verfassungsschutz lag im Jahr 2013 in den Bereichen Rechtsextremismus und Ausländerextremismus.

Dabei stand beim Rechtsextremismus u. a. das gewaltbereite Spektrum im Vordergrund. Ein besonderes Augenmerk richtete das LfV auch auf die Beobachtung der dem Islamismus zuzuordnenden salafistischen Erscheinungsformen. Diese stellen zurzeit sowohl in Deutschland wie auch international die dynamischste islamistische Bewegung dar und haben eine unverkennbar hohe Anziehungskraft insbesondere auf jüngere Menschen.

Liebe Bürgerinnen und Bürger, mit diesem Lagebild können Sie sich selbst ein Bild über die Gefährdungen der Demokratie in unserem Land machen. Darüber hinaus soll Ihnen dieses Lagebild die Aufgaben und die Arbeitsweise unseres Landesamtes für Verfassungsschutz näher bringen. Ich lade Sie ganz herzlich dazu ein, mit uns in den Dialog einzutreten, um so dem Anspruch der Öffentlichkeit auf einen transparenten und offenen Verfassungsschutz noch besser gerecht werden zu können.

Saarbrücken, im Juni 2014

Monika Bachmann
Ministerin für Inneres und Sport

I. Der Verfassungsschutz im Saarland

1. Gesetzliche Grundlage

Das Landesamt für Verfassungsschutz (LfV) ist bei der Erfüllung seiner Aufgaben an Recht und Gesetz gebunden. Die wichtigste Handlungsgrundlage für das Tätigwerden des LfV ist das Saarländische Verfassungsschutzgesetz (SVerfSchG). Darüber hinaus ist das LfV bei Eingriffen in Grundrechte der Bürgerinnen und Bürger dem verfassungsrechtlichen Gebot des Grundsatzes der Verhältnismäßigkeit verpflichtet.

2. Beobachtungsaufgaben des Verfassungsschutzes

Die Beobachtungsaufgaben des LfV sind im § 3 Absatz 1 SVerfSchG normiert. Sie erfolgen im Wesentlichen durch gezielte und planmäßige Sammlung und Auswertungen von Informationen über

- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziele haben,
- Sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität in der Bundesrepublik Deutschland,
- Bestrebungen in der Bundesrepublik Deutschland, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Artikel 9 Abs. 2 GG), insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker (Artikel 26 Abs.1 GG) gerichtet sind.

Die Auswertungsergebnisse werden dem Ministerium für Inneres und Sport regelmäßig und umfassend übermittelt, um die Landesregierung in die Lage zu versetzen, Bestrebungen und Tätigkeiten im Sinne von Absatz 1 zutreffend beurteilen zu können und entsprechende Abwehrmaßnahmen einzuleiten. Darüber hinaus dient die Übermittlung auch der Aufklärung der Öffentlichkeit über Bestrebungen und Tätigkeiten nach Absatz 1.

3. Arbeitsweise und Befugnisse des Verfassungsschutzes

Die Informationsgewinnung des Verfassungsschutzes erfolgt sowohl in offener wie auch in verdeckter Form. Bei der offenen Beschaffung von Informationen werden aus offen zugänglichen Quellen, die in der Regel auch jedem Bürger zur Verfügung stehen (Printmedien wie z.B. Zeitungen, Zeitschriften, Plakate, Flugblätter etc. sowie elektronische Medien wie z.B. Internet, Rundfunk, Fernsehen etc.) Informationen erhoben. Darüber hinaus darf das LfV auch Informationen mit nachrichtendienstlichen Mitteln verdeckt erheben. Hierzu zählen die in § 8 SVerfSchG aufgeführten Mittel wie z.B. das Führen verdeckt eingesetzter Personen, die planmäßige Observation, Bild- und Tonaufzeichnungen sowie nach Maßgabe des Artikel 10-Gesetzes die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs.

Das LfV hat keine polizeilichen Befugnisse und ist auch gegenüber polizeilichen Einrichtungen nicht weisungsbefugt. Es darf auch nicht die Polizei im Rahmen der Amtshilfe ersuchen, Maßnahmen zu ergreifen, zu denen es selbst nicht befugt ist. Dies schließt jedoch einen kontinuierlichen Informationsaustausch zwischen Polizei und Verfassungsschutz nicht aus. Trennungsgebot bedeutet nicht Zusammenarbeitsverbot. Gerade vor dem Hintergrund der festgestellten Defizite im Austausch von Informationen zwischen Nachrichtendiensten, Polizei und Justiz wurden verschiedene Zusammenarbeitsforen eingerichtet, die sich bis heute bewährt haben. Hierzu zählt insbesondere das „Gemeinsame

Terrorismusabwehrzentrum“ (GTAZ) in Berlin. Das GTAZ hat maßgeblich zu einem verbesserten Informationsfluss zwischen den beteiligten Behörden beigetragen. Um dies auch auf andere Phänomenbereiche zu übertragen, wurde an den Standorten Köln und Meckenheim das „Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum“ (GETZ) gegründet. Schwerpunkt der dortigen Zusammenarbeit ist die Bekämpfung des Rechtsextremismus.

4. Kontrolle des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz ist an klare gesetzliche Vorgaben gebunden. Sein Verwaltungshandeln ist wie bei allen anderen Behörden gerichtlich nachprüfbar.

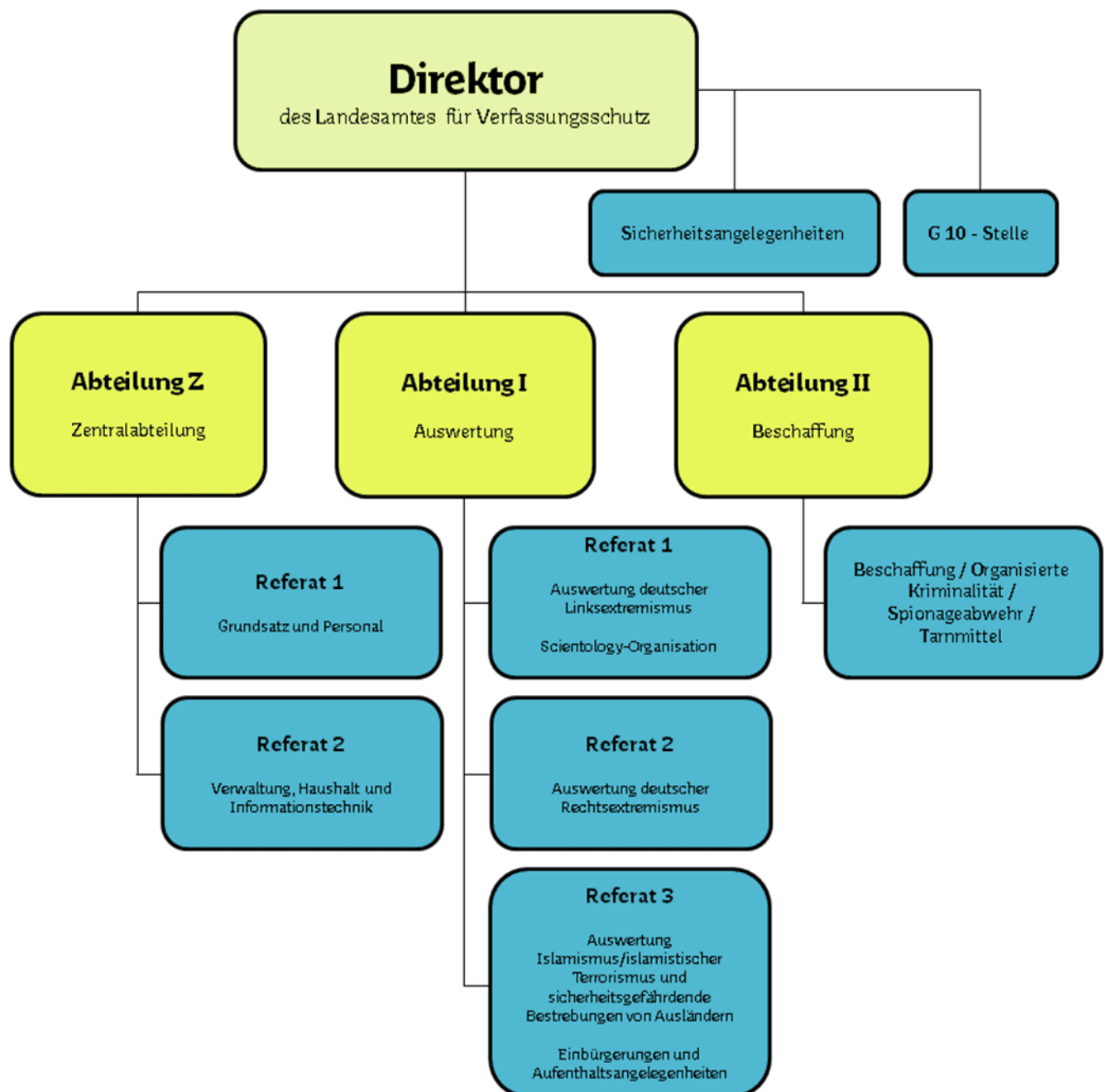
Über die innerbehördlichen Kontrollmechanismen (z.B. behördlicher Datenschutzbeauftragter, Geheimschutzbeauftragter) und die Dienst- und Fachaufsicht durch das saarländische Ministerium für Inneres und Sport hinaus wird die Tätigkeit des LfV fortlaufend überwacht durch

- den Landtagsausschuss für Fragen des Verfassungsschutzes, gleichzeitig auch
- Kontrollgremium des Landtages nach G 10,
- die G10-Kommission des Landtages,
- die richterliche Kontrolle bei Maßnahmen im Schutzbereich des Art. 13 GG,
- die Landesbeauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit,
- den Rechnungshof des Saarlandes und nicht zuletzt durch
- die öffentliche Berichterstattung in den Medien.

Das LfV ist gegenüber Personen verpflichtet, auf Antrag Auskunft zu den über sie gespeicherten Daten zu geben (§ 21 SVerfSchG). Eine Auskunft unterbleibt nur dann, wenn ein in Absatz 2 dieser Vorschrift ausdrücklich genannter

Verweigerungsgrund vorliegt. Selbstverständlich unterliegen Maßnahmen des LfV, hinsichtlich derer Betroffene geltend machen, in ihren Rechten verletzt zu sein, auch der gerichtlichen Kontrolle.

5. Aufbauorganisation des LfV Saarland



II. Beobachtungsbereich Rechtsextremismus 2013

1. Allgemeine Entwicklung und Zahlen

1.1 Personenpotenzial

Rechtsextremistischen Bestrebungen im Saarland konnten 2013 wie im vorangegangenen Jahr rund 300 Personen zugerechnet werden. Etwa die Hälfte des Gesamtpotenzials war dem „strukturierten Bereich“ mit der NPD und sonstigen Organisationen zuzuordnen, der Rest den Phänomenbereichen „Kameradschaften“ und „Skinheads“ sowie dem Täterkreis rechtsextremistisch motivierter Delikte. Innerhalb des Gesamtpotenzials war bei rund 25 Personen eine neonazistische Ausrichtung zu erkennen (Vorjahr: ca. 20), bei rund 60 Personen war von einer Gewaltorientierung auszugehen (Vorjahr: ca. 90).

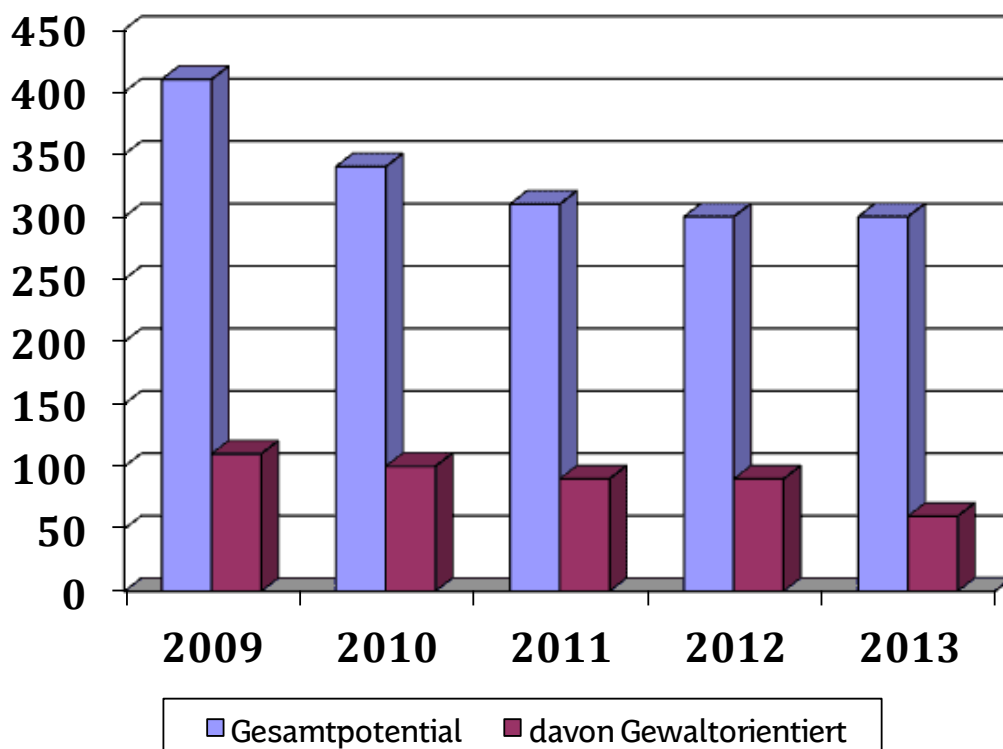


Tabelle: Entwicklung des rechtsextremistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre

	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtpotenzial	410	340	310	300	300
davon Gewaltorientierte	110	100	90	90	60

1.2 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Die Gesamtzahl der im Jahr 2013 registrierten rechtsextremistisch motivierten Straftaten lag mit 134 in etwa auf dem Niveau des Vorjahres (138). Die Zahl der darin enthaltenen rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten sank von 12 auf 2. Die Anlässe dieser Gewalttaten, es handelte sich in beiden Fällen um Körperverletzungsdelikte, waren situativ bedingt.

Propaganda- und Volksverhetzungsdelikte machten - wie seit Jahren festzustellen - mit rund 96 % (Vorjahr: 87 %) den überwiegenden Anteil dieser Straftaten aus. Regionale Schwerpunkte der rechtsextremistischen Straftaten lagen in den städtischen Bereichen.

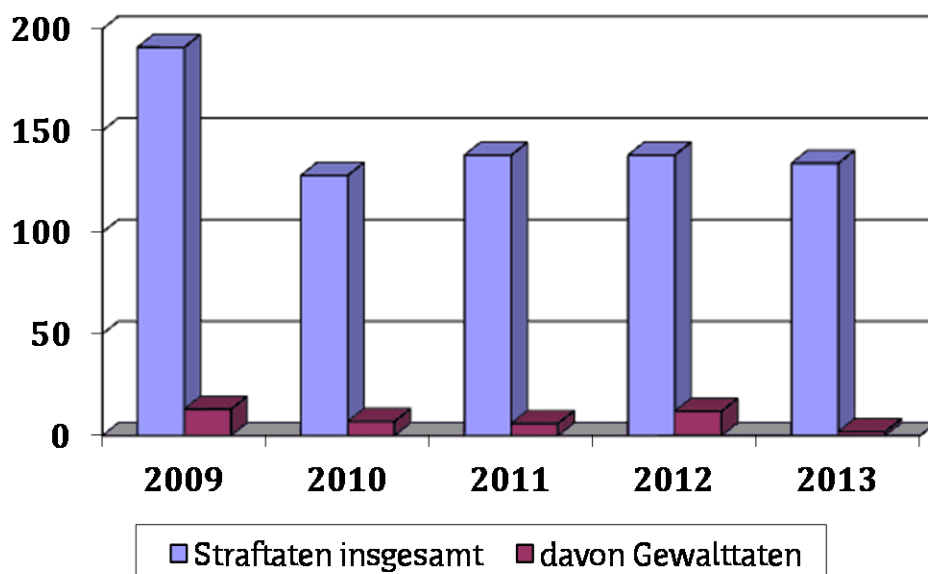


Tabelle: Entwicklung der rechtsextremistisch motivierten Straftaten im Saarland innerhalb der letzten fünf Jahre

	2009	2010	2011	2012	2013
Straftaten insgesamt	191	128	138	138	134
davon Gewalttaten	13	7	6	12	2

Eine Auflistung der Straftaten nach Zielrichtung weist im Vergleich zum Vorjahr einen starken Anstieg der Delikte mit antisemitischer Motivation auf – bei gleichzeitigem Rückgang der fremdenfeindlich motivierten Straftaten.

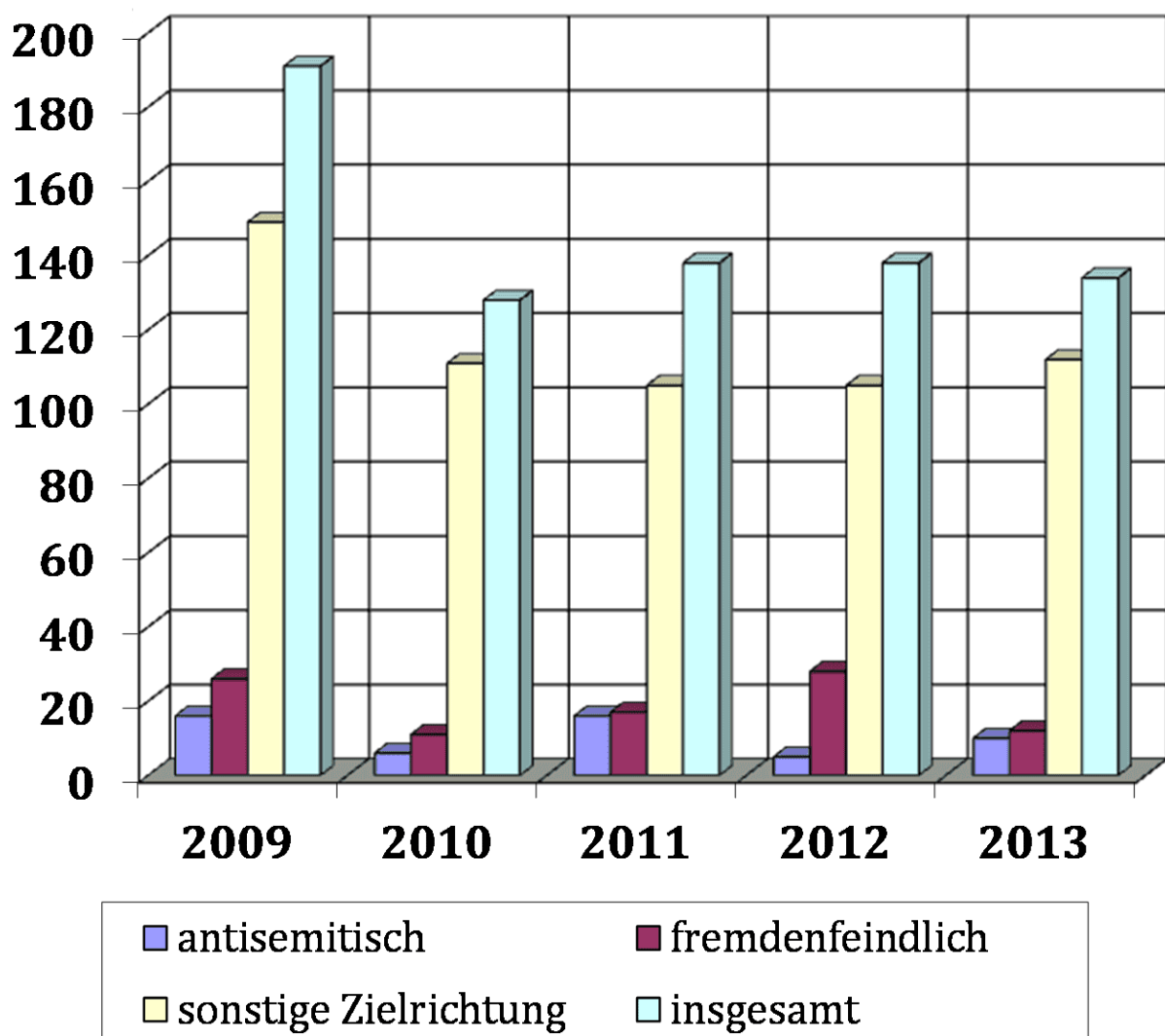


Tabelle: Straftaten nach Zielrichtungen

Zielrichtung	2009	2010	2011	2012	2013
antisemitisch	16	6	16	5	10
fremdenfeindlich	26	11	17	28	12
sonstige Zielrichtung	149	111	105	105	112
Insgesamt	191	128	138	138	134

Über diese Deliktsstatistik hinaus ist zu ergänzen, dass im Rahmen von Exekutivmaßnahmen gegen die rechtsextremistische Musikszene am 20. Februar 2013 auch zehn Objekte im Saarland durchsucht wurden. Die Durchsuchungsmaßnahmen, in deren Rahmen umfangreiches Beweismaterial sichergestellt wurde, betrafen die Phänomenbereiche „politisch motivierte Kriminalität rechts“ und „Rauschgiftkriminalität“. Ausgangspunkt waren Ermittlungen des LKA Berlin gegen einen dort Wohnhaften, bei dem Bestelllisten vorgefunden worden waren, die u. a. zu einem gewerbsmäßigen Vertreiber indizierter Tonträger im Saarland führten. Das Landgericht Saarbrücken verurteilte diesen am 26. November u. a. wegen Volksverhetzung und gewerbsmäßigem Handel mit inkriminierten Tonträgern sowie BTM-Delikten zu einer mehrjährigen Haftstrafe. Das Urteil ist seit dem 4. Dezember rechtskräftig.

Am 22. Februar 2013 bestätigte das Landgericht Saarbrücken die erstinstanzliche Verurteilung des Vorsitzenden der NPD-Fraktion im Landtag von Mecklenburg-Vorpommern Udo P. wegen Volksverhetzung aufgrund dessen Äußerungen beim „politischen Aschermittwoch“ der Saar-NPD am 25. Februar 2009. Das Gericht hielt es für erwiesen, dass der Beschuldigte zum Hass auf Teile der Bevölkerung aufgestachelt hatte. Da ein Teil der ursprünglichen Anklagepunkte jedoch fallen gelassen wurde, reduzierte das Gericht die Bewährungsstrafe von zehn auf sieben Monate. Zudem wurde er zu einer Geldbuße von 6.000 Euro verurteilt. P. legte am 26. Februar Revision ein. Des Weiteren kolportierten die Nationaldemokraten über ihr Presseportal, notfalls

bis vor den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) gehen zu wollen.

Am 18. April verkündete das Landgericht Stuttgart weitere Urteile im Verfahren wegen eines tätlichen Angriffs auf eine Gruppe von Migranten in der Nacht zum 10. April 2011 im baden-württembergischen Winterbach. Neun männliche Angeklagte, darunter drei saarländische Kameradschaftsaktivisten, wurden wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und zwei weitere Männer wegen Anstiftung hierzu zu Freiheitsstrafen verurteilt. Eine Frau wurde vom Vorwurf der Strafvereitelung freigesprochen. Einer der Saarländer wurde zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und acht Monaten verurteilt. Zudem erhielt er eine Meldeauflage und musste eine Sicherheitsleistung in Höhe von 8.000 Euro hinterlegen. Die beiden anderen wurden jeweils zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten verurteilt. Auch sie erhielten Meldeauflagen und mussten jeweils eine Sicherheitsleistung in Höhe von 5.000 Euro hinterlegen. Nach Auffassung des Gerichts waren die jetzt Verurteilten an der Hetzjagd auf die Gruppe junger Migranten beteiligt. Einige der Opfer seien verprügelt worden und in ein Gartenhäuschen geflohen, das später in Flammen aufgegangen sei. Wie schon im ersten Prozess, habe die konkrete Urheberchaft der Brandstiftung nicht aufgeklärt werden können. Daher habe das Gericht den Vorwurf des versuchten Mordes fallen gelassen. Alle Urteile sind noch nicht rechtskräftig. Der Prozess mit mehr als 50 Verhandlungstagen hatte am 29. August 2012 begonnen.

1.3 Entwicklung, Tendenzen

Rechtsextremistische Erscheinungsformen im Saarland zeigten 2013 das gewohnt facettenreiche, strukturell aber unveränderte Gesamtbild.

So musste der im organisierten Bereich nach wie vor dominante Landesverband der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) hinsichtlich der „Präsenz vor Ort“ nach wie vor keine lagerinterne Konkurrenz seitens weiterer Vertreter der rechtsextremistischen Parteienlandschaft erfahren. Zwangsläufig nicht unberührt blieb die Saar-NPD demgegenüber jedoch von der u. a. durch Mitgliederschwund, finanzielle Probleme und internen personellen Querelen gekennzeichneten Situation der Mutterpartei. Dies auch deshalb, weil insbesondere mit dem Landesvorsitzenden Peter M. als Generalsekretär und seinem Amtsvorgänger Frank F. als Bundespressesprecher zwei Saarländer wichtige Funktionen innerhalb der Gesamtpartei innehatten. Diese bemerkenswert starke Repräsentanz von nach wie vor rund 100 saarländischen Mitgliedern im Parteivorstand der NPD darf aber nicht als folgerichtige Anerkennung für einen gut funktionierenden und leistungsstarken Landesverband gedeutet werden. Die Saar-NPD selbst zeigte sich 2013 im öffentlichen Raum aktionistisch schwach, mit einer dünnen, offensichtlich eher unmotivierten Personaldecke ausgestattet und kaum in der Lage, sich durch das Besetzen prägnanter landes- oder kommunalpolitischer Themen in das Bewusstsein der Gesellschaft zu rücken. Zwar konnte sie in bescheidenem Maße ihre Verbands- und kommunikativen Strukturen etwas erweitern, ihr Personenpotenzial stagnierte jedoch auf dem Niveau des Vorjahres. Mit Ausnahme der Durchführung einer Reihe von Informationsständen waren trotz des Wahljahres öffentlichkeitswirksame Auftritte kaum festzustellen, und auch virtuell agierte sie zurückhalternder als in den Vorjahren. Dennoch war festzuhalten, dass die NPD, die bundesweit gegenüber der Wahlentscheidung 2009 an Stimmenanteilen verlor (1,3 % gegenüber 1,5 %), bei der Bundestagswahl 2013 im Saarland einen Stimmenzuwachs von 1,2 % auf 1,7 % verbuchen konnte. Im Vergleich zur Landtagswahl vom 25. März 2012 (5.604 Stimmen = 1,2 %) gewann die NPD im Saarland mit 9.691 Zweitstimmen sogar über 70 Prozent der Stimmen hinzu.

Für die Bereiche rechtsextremistische Kameradschaften sowie rechtsextremistische Skinheads mit ihren vereinzelt Personenüberschneidungen gilt ebenfalls, dass sie im vergangenen Jahr kaum durch öffentlichkeitswirksame Aktionen auf sich aufmerksam machten. So spielten auch hier zum Beispiel Fixtermine wie der Geburtstag Hitlers (20. April), der Todestag des Führerstellvertreters Heß (17. August) oder der von Rechtsextremisten zum „Heldengedenken“ uminterpretierte und für eigene Zwecke missbrauchte Volkstrauertag nur noch eine marginale Rolle.

Gleich zu Jahresbeginn investierten Teile der saarländischen Kameradschaftsszene erheblich in die eigene Infrastruktur. So wurde eine Gewerbeimmobilie in Saarbrücken-Rußhütte angemietet und zu einer Kombination aus „Clubheim“ und Bandproberaum umgestaltet. Nach mehreren internen Veranstaltungen wurde die Nutzung der Immobilie durch ein „Recherche-Info“ der autonomen „Antifa Saar/Projekt AK“ am 30. Juli auch der Öffentlichkeit bekannt, worauf der Vermieter den Rechtsextremisten fristlos kündigte. Doch schon Ende September verfügte die Szene über eine Ersatzimmobilie.

Die in der Pfalz und im Saarland beheimateten Angehörigen der „Hammerskins“ (HS) gehören seit April des vergangenen Jahres dem HS-Chapter Westwall an. Als Reaktion auf die gestiegene öffentliche Aufmerksamkeit und als vorbeugende Maßnahme gegenüber einem erwarteten Verbot hatte sich zuvor mit dem Chapter Westmark, dem die Saarländer und Pfälzer bis dahin zuzurechnen waren, die aktivste und wichtigste HS-Teilorganisation in Deutschland selbst aufgelöst und mit den Chapters Westwall und Kurpfalz reorganisiert.

2. Einzelaspekte

2.1 NPD

2.1.1 Zur Organisationsstruktur der Saar-NPD

Die saarländischen Nationaldemokraten blieben auch im Jahr 2013 organisatorisch und strukturell schwach aufgestellt. Mit ihren vier Kreisverbänden Saarbrücken-Stadt, Saarbrücken-Land, Saar-West und



Saar-Ost waren sie zunächst nicht flächendeckend im Saarland vertreten. Daran änderte auch das Wiederaufleben des Kreisverbandes Saarpfalz nach knapp 20-jähriger Inaktivität Anfang August nichts. Zudem fehlten wichtige Basisorganisationen im Jugend- und Frauenbereich wie die „Jungen Nationaldemokraten“ (JN) oder der „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) und eine gelegentlich angekündigte, aber nicht realisierte landesspezifische Publikation. Darüber hinaus war auch eine koordinierte Vorfeldarbeit auf kommunalpolitischer Ebene nicht erkennbar. Die NPD-Vertreter im Stadtrat Saarbrücken (ein Mandat) sowie im Stadt- (zwei Mandate) und Ortsrat (ein Mandat) in Völklingen konnten jedenfalls keine entsprechenden Impulse vermitteln.

Vorstandsneuwahlen fanden in den Kreisverbänden Saarbrücken-Stadt (23. Juni) und Saarpfalz (1. August) sowie auf Landesverbandsebene (1. Dezember) statt. Die Zusammensetzung des neuen Landesvorstandes, an dessen Spitze Peter M. in seiner Funktion bestätigt wurde, lässt sich als Signal an die Kameradschaftsszene lesen, die Annäherung und Zusammenarbeit zu suchen. Die NPD hat ihre „rote Linie“ im Verhältnis zur Kameradschaftsszene, das - bis auf gelegentliche Kooperationen im Rahmen von Wahlkampfaktivitäten - schon seit Jahren eher von einer gegenseitigen Abneigung gekennzeichnet war,

verschoben. So sind zwei Drittel des von fünf auf seinererzeit neun Personen aufgestockten Gremiums Neubesetzungen, bei denen es sich in der Hauptsache um reaktivierte NPD-Altlieder und langjährige Aktivisten der rechtsextremistischen Kameradschaftsszene handelt.

2.1.2 Beteiligung der Saar-NPD an der Bundestagswahl 2013

Nach dem amtlichen Endergebnis entfielen auf die Nationaldemokraten im Saarland bei der Bundestagswahl am 22. September 9.691 gültige Zweitstimmen = 1,7 %. Damit gewannen sie im Vergleich zur Bundestagswahl 2009, als sie 7.399 Zweitstimmen = 1,2 % erzielten, mehr als 2.000 Wählerstimmen hinzu.





Quelle: Internetseite NPD

Wahlkreis	Ergebnis 2013	Vergleich 2009
296 Saarbrücken	2.582 Stimmen = 1,9 %	1.737 Stimmen = 1,2 %
297 Saarlouis	2.610 Stimmen = 1,7 %	1.874 Stimmen = 1,2 %
298 St. Wendel	2.062 Stimmen = 1,5 %	1.629 Stimmen = 1,2 %
299 Homburg	2.437 Stimmen = 1,8 %	2.159 Stimmen = 1,5 %
Saarland	9.691 Stimmen = 1,7 %	7.399 Stimmen = 1,2 %

Die NPD-Direktkandidaten erzielten im Saarland folgende Erststimmenergebnisse:

Wahlkreis	Ergebnis 2013	Vergleich 2009
Saarbrücken	2.550 Stimmen = 1,8 %	1.967 Stimmen = 1,4 %
Saarlouis	2.475 Stimmen = 1,7 %	2.025 Stimmen = 1,3 %
St. Wendel	1.975 Stimmen = 1,5 %	1.835 Stimmen = 1,3 %
Homburg	2.231 Stimmen = 1,6 %	2.206 Stimmen = 1,5 %
Saarland	9.231 Stimmen = 1,6 %	8.033 Stimmen = 1,4 %

2.1.3 Sonstige nennenswerte regional-politische Aktivitäten der NPD

Für den 13. Februar hatte die Saar-NPD erneut zu ihrem „politischen Aschermittwoch“ nach Saarbrücken eingeladen. Die Veranstaltung blieb ohne Außenwirkung. Die Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Rheinland-Pfalz, ihr nordrhein-westfälischer Amtskollege und eine Vertreterin des „Front National“ (FN) richteten Grußworte an die rund 40 Besucher der Veranstaltung, in deren Verlauf an die „sinnlose Zerstörung“ Dresdens im Zweiten Weltkrieg durch alliierte Bomber erinnert und die „desaströse Politik der abgewirtschafteten Altparteien“ angeprangert wurde.

Am Wochenende vom 15. – 17. August führte die Saar-NPD ihre im Vorjahr wieder aufgelegte Reihe „Sommeruniversität“ fort. An der Veranstaltung mit

Programmteilen in der „Festhalle“ in Schafbrücke beteiligten sich bis zu 60 Personen. Referenten aus der Berliner Parteizentrale und aus dem eigenen Landesverband behandelten die Themen „Die Bedeutung von Carl von Clausewitz für die heutige Politik“, die „Nationale Wirtschaftspolitik im Zeitalter der Globalisierung“, die „Verfassungs- und europarechtliche Zulässigkeit von Sperrklauseln im Europawahlrecht“ sowie die „Währungspolitik nach dem Euro“. Im Rahmen einer Podiumsdiskussion zum Thema „Frauen in der nationalen Politik“ traten zudem die Bundesvorsitzende der NPD-Teilorganisation „Ring Nationaler Frauen“ (RNF) und der Vorsitzende der rechtsextremistischen „British National Party“ (BNP) auf.

Am 26. Oktober referierte der stellvertretende Vorsitzende des NPD-Landesverbandes Brandenburg in Saarbrücken zu dem Thema „Die Bildungsarbeit der NPD“. Als Gast war auch der seinerzeitige NPD-Bundesvorsitzende angereist. Der Referent warb für die Durchführung regelmäßiger Schulungen auf allen Parteiebenen und betonte die Bedeutung einer breiten Vernetzung mit anderen nationalen Gruppierungen zur Verfolgung gemeinsamer Interessen, aber auch zur Gewinnung neuer Mitglieder.

2.1.4 Beteiligung an überregionalen Aktivitäten

Ende April und Ende Oktober fanden jeweils einwöchige Schulungen für Führungskräfte der NPD in Saarbrücken statt, über die das NPD-Parteiorgan „Deutsche Stimme“ (DS) auf seiner Website „DS-Aktuell“ berichtete. Danach seien von zahlreichen Landesverbänden Kameraden und Funktionsträger entsandt worden. Unter Anleitung hochrangiger Funktionäre des Berliner Parteivorstandes bzw. des Vorstandes der rheinland-pfälzischen NPD seien die Teilnehmer in den Themenfeldern Strategie, Ideologie, Programmatik und Rhetorik ausgebildet worden.

Am 1. Mai führten Rechtsextremisten in fünf verschiedenen deutschen Städten Aktionen zum Tag der Arbeit durch; insgesamt beteiligten sich rund 1.800 Personen. Die Saar-NPD hatte für eine Teilnahme an einer vom NPD-LV-Hessen in Frankfurt am Main angemeldeten Demonstration unter dem Motto „Raus aus dem Euro – Gegen Euro und Großkapital“ geworben. Diese konnte aufgrund von Blockaden durch Gegendemonstranten jedoch nicht wie geplant durchgeführt werden und wurde letztlich abgesagt. Ersatzweise kam es durch anreisende Rechtsextremisten zu einer Spontandemonstration in Hanau, an der sich rund 160 Personen, darunter auch eine kleine Gruppe Saarländer, beteiligten.

Am 5. Mai war der saarländische NPD-Vorsitzende Gast des rechtsextremistischen Online-TV Senders „FSN“ (Frei-Sozial-National). In dem rund einstündigen Livebeitrag wurde zunächst der Musikwunsch „Deutsch ist die Saar“ des Gastes gespielt. Anschließend beantwortete er u. a. Fragen zur Lage der NPD und seinen Erwartungen hinsichtlich des Abschneidens seiner Partei bei den Wahlen in 2013 und im Folgejahr. Er gab u. a. der Hoffnung Ausdruck, dass die NPD im nächsten Europäischen Parlament vertreten sein werde.

Am 20. Oktober war der Saar-NPD-Chef Gastreferent einer NPD-Veranstaltung im ehemaligen „Landgasthof Schroth“ im hessischen Büdingen-Orleshausen, an der knapp 20 Personen teilnahmen. Trotz der Protestaktion einer rund 25-köpfigen Gruppe verlief die Veranstaltung störungsfrei.

Der Arbeitskreis „Christen in der NPD“ tagte am 30. November und 1. Dezember in Saarbrücken. Die rund 30 Teilnehmer diskutierten u. a. über die Scharia und die Rechte der Frauen im Islam.

Am 21. Dezember beteiligte sich eine kleine Gruppe saarländischer NPD-Mitglieder an einer Julfeier des NPD-Kreisverbandes Westpfalz in Pirmasens-

Gersbach sowie der daran anschließenden Vorstellung des Buches „Der deutschen Zwietracht mitten ins Herz“ durch den Autor, einen ehemaligen NPD-Parteivorsitzenden, der von 1996 bis 2011 an der Spitze der Nationaldemokraten gestanden hatte.

2.2 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten und gewaltorientierte Rechtsextremisten – insbesondere Skinhead-/Kameradschafts-Szene und „Hammerskins“ (HS)

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten zeigen wenig Interesse an einer Einbindung in dauerhaften festen Organisationsstrukturen, sie verbindet vielmehr ein erlebnis- und aktionsorientiertes Gemeinschaftsgefühl, wobei die szenetypische Musik eine entscheidende Rolle einnimmt. Seit einigen Jahren befindet sich die Skinhead-Szene im Wandel. So schwindet das typische martialische Erscheinungsbild mit Bomberjacke, Kampfstiefel etc. zunehmend. Die Szene, die ohnehin schon das jüngste und ideologisch am wenigsten gefestigte Personenpotenzial aufweist, hat aber auch an Attraktivität eingebüßt. Anderweitige Angebote der Freizeitgestaltung sind offensichtlich interessanter; zudem scheint es an Personen zu mangeln, die die einzelnen Skinheads in örtlichen Cliques formieren. Die einzige noch aktive Skinhead-Organisation von Bedeutung ist die Gruppierung der „Hammerskins“.

„Hammerskins“ haben ein elitäres Selbstverständnis, vertreten rassistisches Gedankengut und sind straff organisiert. So müssen beispielsweise Neulinge eine längere Probezeit absolvieren, ehe sie akzeptiert und in den Kreis der „Vollmitglieder“ in ihre regionalen Sektionen (Chapter) aufgenommen werden. Als Emblem verwenden sie zwei gekreuzte Zimmermannshämmer, die als Symbol für die „weiße Arbeiterklasse“ stehen. Die Hammerskins können als „der maßgebliche Veranstalter“ einschlägiger Szenekonzerte bezeichnet werden, wobei sie gerne Veranstaltungsstätten im grenznahen Ausland nutzen.



Saarländische HS-Aktivisten treten unter der Bezeichnung „Chapter Westwall“ in Erscheinung.



Von den saarländischen Kameradschaften war nur die „Sturmdivision Saar“ öffentlich wahrnehmbar. An ihren Kleidungsstücken erkennbar, beteiligten sich deren Aktivisten u. a. an rechtsextremistischen Aufmärschen am 28. August in Kaiserslautern, am 14. September in Trier sowie am 14. Oktober und 2. November in Zweibrücken. Darüber hinaus unterstützten einzelne Kameraden die NPD im Bundestagswahlkampf.

2.3 Rechtsextremistische Musik

Das Erleben rechtsextremistischer Musikstücke in bestimmten emotionalen und sozialen Kontexten ist geeignet, den Weg junger Menschen in den Rechtsextremismus zu bereiten, gehen doch von rechtsextremistischen Konzerten viele Reize aus. Das fängt beim Reiz des Verbotenen an, geht weiter mit der klandestinen Anreise über Kontakttelefonnummern und geheimen Vorabtreffpunkten und mündet in dem stimmungsvollen Event mit seiner spürbaren Gruppendynamik vor Ort selbst.

Mit drei Bands hat sich die Zahl der aktiven rechtsextremistischen Musikgruppen im Saarland gegenüber dem Vorjahr nicht verändert; auch war wiederum kein Skinhead-Konzert im Saarland zu verzeichnen. Die älteste und renommierteste Formation mit vielen Konzerten im In- und Ausland ist die seit den 1990er Jahren bekannte Band „Jungsturm“. „Hunting Season“, gegründet 2004, aber vor allem die relativ junge Formation „Wolfsfront“ (2012) zeigten sich zuletzt aktiver.

Im Frühjahr brachten „Hunting Season“ und „Jungsturm“ gemeinsam mit der Mönchengladbacher Band „Division Germania“ eine Solidaritäts-CD heraus, deren Erlös den seinerzeit in Stuttgart vor Gericht stehenden drei saarländischen Kameradschaftsaktivisten zu Gute kam. Die Vermarktung der CD übernahm der bekannte rheinland-pfälzische Szenevertrieb „Gjallarhorn Klangschieme“.



2.4 Rechtsextremistische Musikveranstaltungen mit saarländischer Beteiligung im In- und Ausland

Am 15. Juni spielte „Wolfsfront“ als einzige deutsche Band im Rahmen eines vom „Hammerskin“ (HS)-Zentrum „Skinhouse Milano“ ausgerichteten internationalen Konzertes in Bergamo. Während ihres 45-minütigen Auftritts vor ca. 800 Zuhörern brachte die fünfköpfige Band insgesamt elf Lieder zur Aufführung, darunter drei Eigenkompositionen. Im Nachgang wertete „Wolfsfront“ den Auftritt als „vollen Erfolg“ und sah ihren Bekanntheitsgrad innerhalb der Szene als drastisch gestiegen an.

Anlässlich des 20. Todestages des Leaders der britischen Kultband „Skrewdriver“ Ian Stuart DONALDSON fanden europaweit an den September-Wochenenden sogenannte ISD-Memorial-Konzerte statt. Zu einem solchen Open-Air-Konzert am 20./21. September bei Northampton/GB, an dem bis zu 1.500 Besucher teilnahmen, waren auch einige wenige saarländische Rechtsextremisten angereist.

Im Rahmen eines sogenannten „Live H8“-Konzertes am 12. Oktober in einer Diskothek in Scheinfeld im mittelfränkischen Landkreis Neustadt/Aisch, zu dem sich rund 1.000 Personen aus der ganzen Bundesrepublik einfanden, zählten mehrere Angehörige der saarländischen Szene zu der rund 40-köpfigen Konzert-Security.

2.5 Nutzung neuer Medien - Saarländische Rechtsextremisten online

Saarländische Rechtsextremisten nutzten auch 2013 die Grenzenlosigkeit des World Wide Web für ihre Kommunikation, Propaganda und zur Rekrutierung von Gesinnungskameraden und waren – neben ihren szeneinternen Foren und Portalen – auch in allgemeinen Internetforen, Blogs, sozialen Netzwerken wie Facebook und Kurznachrichtendiensten wie Twitter aktiv. Differenziert nach Kommunikationsstrang und der zu verbreiteten Botschaft/Nachricht wurde offensichtlich darauf geachtet, strafrechtlich relevante Aspekte zu vermeiden.

III. Beobachtungsbereich Linksextremismus 2013

1. Allgemeine Entwicklung und Zahlen

1.1 Personenpotenzial

Linksextremisten wollen die bestehende Staats- und Gesellschaftsordnung in Deutschland abschaffen und durch ein sozialistisches bzw. kommunistisches System oder eine „herrschaftsfreie anarchistische Gesellschaft“ ersetzen. Sie richten ihr politisches Handeln an revolutionär-marxistischen oder anarchistischen Vorstellungen aus.

Insbesondere durch eine Beteiligung an aktuellen gesellschaftspolitischen Diskursen und sozialpolitischen Auseinandersetzungen versuchen sie, demokratische Protestpotenziale für ihre systemüberwindenden Ziele zu instrumentalisieren. Die von Linksextremisten angewandten Aktionsformen reichen von offener Agitation bis hin zu heimlich vorbereiteten sowie situationsbedingten Gewalttaten.

Im Saarland haben sich Strukturen und Erscheinungsbild des organisierten und gewaltorientierten Linksextremismus im Jahr 2013 gegenüber dem Vorjahr kaum verändert. Das Gesamtpotenzial linksextremistischer Gruppierungen und Zusammenschlüsse, die tatsächliche Anhaltspunkte für eine verfassungsfeindliche Ausrichtung bieten, hat sich nur geringfügig von 460 auf 450 Personen verringert. Der Rückgang ist auf die Auflösung der anarchistisch ausgerichteten autonomen Gruppe „antinationale.org“ (ANO) und den Fortzug einzelner Szeneangehöriger aus dem Saarland zurückzuführen. Den Hauptanteil stellt mit etwa 360 Mitgliedern/Anhängern das organisierte linksextremistische Parteienspektrum gegenüber rund 90 Personen der gewaltorientierten autonomen und der antiimperialistischen Szene.

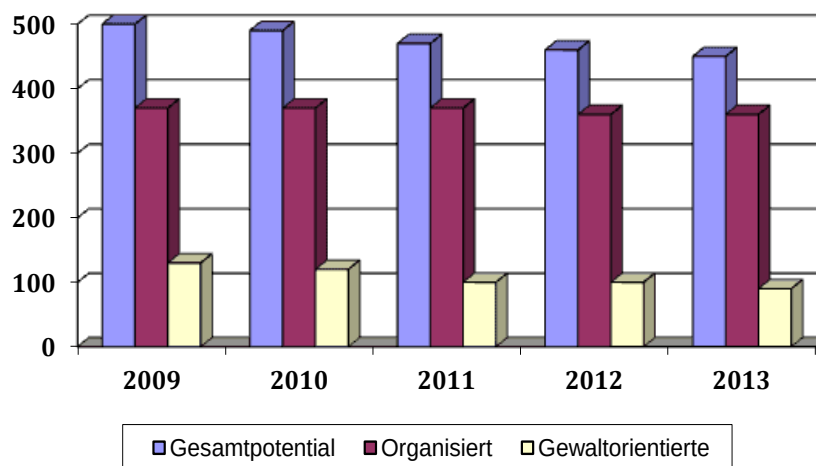


Tabelle: Entwicklung des linksextremistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre

	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtpotenzial	500	490	470	460	450
Organisierte	370	370	370	360	360
Gewaltorientierte	130	120	100	100	90

1.2 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

Im Saarland hat sich die Gesamtzahl der linksextremistisch motivierten Straftaten, die sich in ihrer Gesamtheit gegen Mitglieder und Veranstaltungen der rechtsextremistischen Szene sowie gegen Einsatzkräfte der Polizei richteten, gegenüber dem Vorjahr deutlich erhöht. Die Bandbreite der Straftaten reichte dabei von Verstößen gegen das Versammlungsgesetz über Landfriedensbruch und Widerstand gegen Polizeivollzugsbeamte bis hin zur gefährlichen Körperverletzung. Insgesamt waren 20 Gesetzesverletzungen (2012: sechs) mit linksextremistischem Hintergrund zu registrieren, darunter sieben Gewalttaten (2012: eine). Bei diesem auf den ersten Blick relativ starken Anstieg sollte allerdings nicht außer Acht gelassen werden, dass allein 13 Straftaten, darunter sieben Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (Versammungsverbot), im

Zusammenhang mit einer „antifaschistischen“ Protestaktion gegen eine Mahnwache der „Nationaldemokratischen Partei Deutschlands“ (NPD) am 29. Juli vor der Europagalerie in Saarbrücken stehen. Wie die nachfolgende Statistik zeigt, wurden nunmehr auch im Saarland in zunehmendem Maße Polizeibeamte anlässlich „antifaschistischer“ Aktivitäten der autonomen Szene Saar gewalttätig angegriffen.

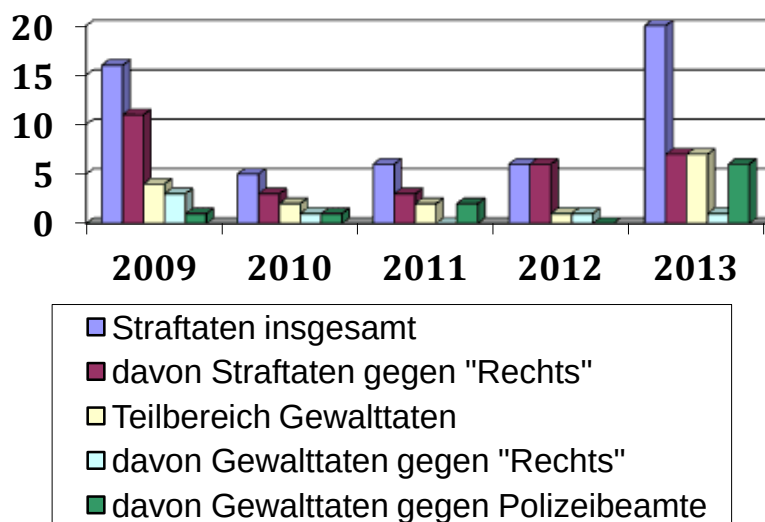


Tabelle: Entwicklung der linksextremistisch motivierten Straftaten im Saarland in den letzten fünf Jahren

	2009	2010	2011	2012	2013
Straftaten insgesamt	16	5	6	6	20
davon Straftaten gegen „Rechts“	11	3	3	6	7
Teilbereich Gewalttaten	4	2	2	1	7
davon Gewalttaten gegen „Rechts“	3	1	./.	1	1
davon Gewalttaten gegen Polizeibeamte	1	1	2	./.	6

1.3 Entwicklung, Tendenzen

Die aktionistischen Schwerpunkte der linksextremistischen Szene im Saarland lagen auch im vergangenen Jahr auf den traditionellen Themenfeldern „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Autonome Freiräume“, „Anarchismus“ und

„Sozialabbau“. Eine Zusammenarbeit des breiten linken Spektrums war insbesondere bei Demonstrationen und Protesten gegen rechtsextremistische Parteien und Organisationen, im Zusammenhang mit friedenspolitischen Aktivitäten der „Antikriegsbewegung“ gegen die Bundeswehreinsätze im Ausland sowie anlässlich von Kundgebungen gegen den angeblich fortgesetzten Sozialabbau in Deutschland festzustellen.

Zentrales Aktionsfeld bildete für saarländische Linksextremisten nach wie vor die „Antifaschismusarbeit“, die sich nur vordergründig auf die Bekämpfung rechtsextremistischer Bestrebungen richtet. Ziel ist es vielmehr, die freiheitlich demokratische Grundordnung zu überwinden, um die dem „kapitalistischen System“ angeblich zugrunde liegenden Wurzeln des „Faschismus“ zu beseitigen. Die Auseinandersetzungen anlässlich von Veranstaltungen der rechten Szene werden zunehmend mit direkten Angriffen auf Polizeibeamte verbunden.

2. Einzelaspekte

2.1 Organisierter Linksextremismus

Die in der politischen Bedeutungslosigkeit versunkenen linksextremistischen Parteien im Saarland einschließlich ihrer Umfeldorganisationen beteiligten sich im vergangenen Jahr an aktuellen gesellschaftspolitischen Diskursen. Offensichtlich mit dem Ziel, einen personellen Zulauf zu erreichen, unterstützten sie parteiübergreifend friedenspolitische Aktivitäten der nichtextremistischen „Friedensbewegung“ am 30. März in Saarbrücken sowie eine bundesweite Kampagne unter dem Motto „UmFairTeilen“ mit Kundgebungen am 13. April und 14. September in Saarbrücken und Neunkirchen.

2.1.1 Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Die seit Jahren bundesweit mit personellen und finanziellen Problemen sowie ideologischen und strategischen Richtungsstreitigkeiten kämpfende DKP bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von MARX, ENGELS und LENIN und will eine „sozialistische Gesellschaftsordnung“ schaffen bzw. letztlich dem Kommunismus in Deutschland zum Sieg verhelfen. Der bereits seit 2009 offen ausgetragene Richtungsstreit über die Frage, wie dieses Ziel zu erreichen ist, lähmt die Partei. Zudem wird wegen Überalterung das Potenzial der aktiven und mobilisierbaren Mitglieder immer geringer.

Vor dem Hintergrund der sich auch im Jahr 2013 immer weiter zuspitzenden Auseinandersetzungen über wesentliche programmatische Positionen der Partei führte die DKP am 02./03. März im hessischen Mörfelden bei Frankfurt am Main ihren 20. Parteitag durch. Dabei setzte sich nicht völlig unerwartet der Kandidat der innerparteilichen Opposition und einer der Sprecher des orthodoxen Parteiflügels im Rahmen einer Kampfabstimmung gegen die bisherige Parteivorsitzende als maßgebende Vertreterin des reformorientierten Lagers durch. Bei der Wahl der übrigen Mitglieder des insgesamt 30-köpfigen Spitzengremiums fiel der saarländische Bezirksvorsitzende, der den Kurs der bisherigen Parteiführung unterstützte, durch.

Die DKP-Saar blieb mit ihren deutlich weniger als 200 Mitgliedern jedenfalls zahlenmäßig innerhalb des organisierten Linksextremismus die stärkste Kraft. Aktive Stadt- und Ortsgruppen bestanden zumindest noch in Saarbrücken, Neunkirchen-Wiebelskirchen, Püttlingen, St. Ingbert und Völklingen.

Kommunalpolitischer Schwerpunkt der DKP-Saar war auch im vergangenen Jahr die Stadt Püttlingen, wo sie über drei Stadtratsmandate verfügte und regelmäßig

im Rahmen monatlicher Aktionstage ihre Stadtzeitung „pro + kontra“ kostenlos und in großer Auflage verbreitete.

Weitere öffentliche Aktivitäten der DKP-Saar im Jahr 2013 beschränkten sich auf die Unterstützung von Aufrufen zu oder auf die Teilnahme an Protestaktionen gegen Rechtsextremismus und Sozialabbau sowie an Veranstaltungen der Arbeiter- und Frauenbewegung in Deutschland.

2.1.2 Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Die maoistisch-stalinistisch orientierte MLPD hält unverändert an ihrer politisch-ideologischen Linie fest, die von der Notwendigkeit des revolutionären



Kampfes zum Aufbau eines sozialistischen Staates unter der Führung der Arbeiterklasse ausgeht.

Die MLPD-Saar ist dem Landesverband „Rheinland-Pfalz, Hessen und Saarland“ (RHS) angegliedert. Die Landesgeschäftsstelle befindet sich nach Internetangaben der MLPD in Frankfurt am Main.

Als einzige Partei aus dem linksextremistischen Spektrum trat die MLPD bei der Bundestagswahl am 22. September bundesweit mit einer „MLPD/offene Liste“ und im Saarland zusätzlich mit einem Direktkandidaten im Wahlkreis 296 Saarbrücken an. Auf die MLPD entfielen landesweit nach dem amtlichen Endergebnis lediglich 361 Zweitstimmen (= 0,1 %; Bund: 24.219 = 0,1 %) und 267 Erststimmen (= 0,0 %; Bund: 12.904 = 0,0 %).

Im Vorfeld der Bundestagswahl hatte die MLPD-Saar ihre Öffentlichkeitsarbeit verstärkt und insbesondere in Saarbrücken zahlreiche Informations- und Werbeveranstaltungen durchgeführt, um möglichst viele Menschen für die

„Alternative des echten Sozialismus“ zu gewinnen. Schwerpunkt ihrer Werbeaktionen bildeten wie schon in den Vorjahren die Saarbrücker Stadtteile Burbach und Malstatt, wo nahezu monatlich Informationsstände zum Thema „Parteiarbeit“ betrieben wurden. Ein personeller Zulauf war jedoch nicht zu verzeichnen.

Die MLPD-Saar bemühte sich auch 2013 um die Fortführung der Saarbrücker Montagsdemonstrationen gegen „Sozialabbau in Deutschland“, die bereits 2004 vom nichtextremistischen „Bündnis gegen Sozialkahlschlag“ ins Leben gerufen worden waren. Die Protestveranstaltungen wurden ausnahmslos von MLPD-Aktivisten angemeldet.

2.2 Gewaltorientierter Linksextremismus

2.2.1 Autonome

Autonome orientieren sich an diffusen anarchistischen und bisweilen auch revolutionär-marxistischen Ideologien, propagieren den Widerstand gegen das bestehende „kapitalistische System“ und kämpfen für eine „herrschaftsfreie Gesellschaft“. Autonomes Selbstverständnis ist geprägt von der Vorstellung eines freien, selbst bestimmten Lebens innerhalb „herrschaftsfreier Räume“. Die Szene betrachtet unkontrollierte „Anlauf- und Kontaktstellen“ als unabdingbar für die Verwirklichung der eigenen Lebensentwürfe und versteht sie als Rückzugszone und Ausgangspunkt eigener „antistaatlicher“ Aktivitäten. Autonome zielen wie alle Linksextremisten im Kern auf die Überwindung der demokratischen Verfassungsordnung. Zur Durchsetzung ihrer Ziele halten sie die Anwendung von Gewalt für legitim. Sie rechtfertigen eigene Gewalt als angeblich notwendiges Mittel, um sich gegen die „strukturelle Gewalt eines Systems von Zwang, Ausbeutung und Unterdrückung“ zu wehren. Die Angriffe richten sich vor allem gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten sowie in zunehmendem Maße gegen Polizeikräfte als Repräsentanten des „staatlichen Repressionsapparates“.

Trotz grundsätzlicher Organisations- und Hierarchiefeindlichkeit forcierte eine Minderheit von autonomen Gruppen innerhalb der gewaltorientierten Szene Bestrebungen zu einer stärkeren Strukturierung sowie regionalen und überregionalen Vernetzung mit dem Ziel der Bündelung der Kräfte und Koordination der Aktionen.

Die etwa 80 Personen umfassende gewaltorientierte autonome Szene im Saarland ist im Bereich des deutschen Linksextremismus weiterhin diesem zahlenmäßig kleinen und gemäßigten „antideutschen“ Spektrum zuzurechnen.

Innerhalb der autonomen Szene Saar waren im vergangenen Jahr die



Personenzusammenschlüsse „Antifa Saar/Projekt AK“ (AK steht für Analyse und Kritik) und die anarchistisch ausgerichtete „antinationale.org“ (ANO) bis zu ihrer Selbstauflösung im Mai aktiv. Die ANO war bis zu diesem Zeitpunkt im „Anarchistischen Netzwerk Südwest“ (ANS) und der „Föderation deutschsprachiger AnarchistInnen“ (FdA), überregionale Netzwerke libertärer



und anarchistischer Gruppierungen, organisiert.

Die vorgenannten autonomen Gruppierungen nutzten im vergangenen Jahr insbesondere das Internet zur offenen Mobilisierung für ihre unterschiedlichen „politischen Aktivitäten“. Ihre interne Kommunikation erfolgte ausschließlich in geschlossenen Foren unter Verwendung von gängigen Verschlüsselungsprogrammen. Darüber hinaus diente auch das von Linksextremisten im Internet bereits seit 2001 betriebene informelle Netzwerk „Indymedia Deutschland“ ihnen als offene Informations-, Diskussions- und

Mobilisierungsplattform. „Indymedia“ versteht sich als ein „emanzipatorisches, unabhängiges Mediennetzwerk ohne kommerzielle Interessen mit dem zentralen Ansatz, Gegenöffentlichkeit zu schaffen, indem die Menschen an der gesellschaftlichen Basis DIREKT zu Worte kommen“. Zum gleichen Zweck wurde auch das Internetportal „linksunten.indymedia“ genutzt, das als erstes regionales „independent media center“ (imc) seit 2009 online ist. Die Betreiber selbst bezeichnen sich als „MedienaktivistInnen aus dem Südwesten Deutschlands“.

Die „Antifa Saar/Projekt AK“, die ANO bis zu ihrer Selbstauflösung sowie auch Einzelpersonen aus den Räumen Neunkirchen, St. Ingbert und St. Wendel entwickelten im vergangenen Jahr sowohl eigenständig als auch teilweise gemeinsam zahlreiche Aktivitäten auf den zentralen Aktionsfeldern „Antifaschismus“, „Antirepression“, „Antirassismus“, „Anarchismus“ und „Erhalt bzw. Schaffung autonomer Freiräume“.

Die 1997 als „Antifa Saar“ gegründete und seit 2003 unter der Firmierung „Antifa Saar/Projekt AK“ agierende Saarbrücker „Antifa“-Gruppe versteht sich als linker, politischer, unabhängiger Zusammenschluss, der außerparlamentarisch aktiv ist und sich den Kampf gegen Faschismus, Sexismus, Rassismus sowie für eine Gesellschaft ohne Ausbeutung und Unterdrückung zum Ziel gesetzt hat. Aktionsschwerpunkt bildet das Thema „Antifaschismus“. Unter „antifaschistischem Kampf“ versteht die „Antifa Saar/Projekt AK“ das Eintreten für eine Überwindung des kapitalistischen Gesellschaftssystems und der staatlichen Ordnung als Wurzeln des Faschismus. Ihre Aktivitäten reichten von „Nazi-Outing-Aktionen“ bis hin zu tätlichen Auseinandersetzungen mit dem politischen Gegner. Die „Antifa Saar/Projekt AK“ betreibt bereits seit Jahren eine systematische „Abklärungsarbeit“ zu rechtsextremistischen Parteien und „neonazistischen Kameradschaften“ sowie zu erkannten oder vermeintlichen Rechtsextremisten im südwestdeutschen Raum. Im Rahmen ihrer „antifaschistischen Aufklärungsarbeit“ referierte ein saarländischer

Szeneangehöriger auf einer Veranstaltung linksextremistischer Organisationen aus dem Rhein-Neckar-Raum am 6. Mai in Worms zum Thema „Die NPD im Saarland – Überblick über deren Ideologie“. Als „ihren Beitrag“ zur Bekämpfung des Rechtsextremismus verbreitete die „Antifa Saar/Projekt AK“ Ende Juli u.a. via Internet eine weitere Ausgabe ihres „Recherche-Infos“, in dem ihre „Ermittlungsergebnisse“ zu einem „Clubhaus“ saarländischer „Neonazis“ im Saarbrücker Stadtteil Rußhütte zusammengefasst sind und eine „entschlossene antifaschistische Intervention gegen die neonazistischen Umtriebe in diesem Objekt“ angekündigt wurde. In der Folge kündigte der Vermieter des „Clubhauses“ das Mietverhältnis. Einen angeblichen Übergriff von „Nazis“ auf eine Gruppe jugendlicher „AntifaschistInnen“ Mitte August in Saarbrücken nahm die Saarbrücker „Antifa“-Gruppe zum Anlass, um zwei „Angreifer“ mit Namen und Lichtbild als angebliche „Nazis“ aus Saarbrücken bzw. Neunkirchen auf ihrer Homepage zu outen. Im Dezember unterstützte die „Antifa Saar/Projekt AK“ eine Protestaktion von Fans des 1. FC Saarbrücken gegen die Ernennung einer angeblichen Hooligan-Gruppe mit der Bezeichnung „Saarland-Brigade“ zum „Fan-Club des Monats“. Dabei wurde die Rücknahme der Auszeichnung dieser Fan-Gruppierung, die sich durch Gewalt definiere und der mehrere „rechtsoffene bzw. rechtsradikale“ Personen angehörten, gefordert.

Ab Ende Februar thematisierte die „Antifa Saar/Projekt AK“ die ursprünglich im April vor dem Oberlandesgericht München geplante Prozesseröffnung gegen ein Mitglied des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ (NSU) und vier mutmaßliche Unterstützer. Sie mobilisierte innerhalb der autonomen Szene Saar für eine Teilnahme an einer bundesweiten Großdemonstration am 13. April in München, zu der ein breites linksextremistisches „Antifa-Bündnis“ unter dem Motto „Greift ein gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus – Verfassungsschutz abschaffen!“ aufgerufen hatte. An der weitgehend friedlich und störungsfrei verlaufenen Demonstration beteiligten sich rund 5.500 Personen, darunter etwa 800 gewaltbereite Linksextremisten in drei „schwarzen

Blöcken“. Aus dem Saarland nahmen rund 40 Szeneangehörige teil, die mit einem von der „Antifa Saar/Projekt AK“ organisierten Bus gemeinsam angereist waren.

Am 29. Juli folgten auch etwa 50 Angehörige der autonomen „Antifa Szene“ dem Aufruf „29.07.2013: Mahnwache vor italienischem Konsulat in Saarbrücken verhindern!“ der „Antifa Saar/Projekt AK“. Durch ihre Präsenz vor dem Konsularbüro erzwangen sie eine Verlagerung der „Nazi-Mahnwache“, mit der die Freilassung eines in Italien unter Hausarrest stehenden NS-Kriegsverbrechers gefordert wurde, in den Bereich der Europagalerie. Die starke Polizeipräsenz verhinderte ein direktes Aufeinandertreffen des linken und rechten Lagers. Im Nachgang warf die Saarbrücker „Antifa“-Gruppe in einer Presseerklärung der Polizei vor, „offensichtlich mit der Gesamtsituation überfordert gewesen zu sein“. Diese habe sich lediglich auf das Schikanieren von „GegendemonstrantInnen“ konzentriert und tätliche Angriffe von „Nazis“ auf „AntifaschistInnen“ nicht verhindert. Anlässlich einer Wahlkampfkundgebung der „Bürgerbewegung Pro Deutschland“ zur Bundestagswahl 2013 am 4. September in Saarbrücken rief die „Antifa Saar/Projekt AK“ unter dem Motto „Pas de quartiers pour les fascistes - Pas de fascistes dans les quartiers!“ zu Störaktionen auf. Rund 50 Personen, darunter etwa 30 Aktivisten der linksextremistischen Szene Saar, störten die Wahlkampfveranstaltung auf dem Max-Ophüls-Platz von Beginn an massiv mit lautstarken „Nazis raus“-Parolen sowie dem Werfen von Eiern und Feuerwerkskörpern. Ein Versuch der Szeneangehörigen, das Begleitfahrzeug der lediglich sechs Wahlkämpfer zu stürmen, wurde von starken Sicherheitskräften verhindert.

Als Reaktion auf den Landesparteitag der NPD-Saar mit anschließendem Konzert am 1. Dezember in der Festhalle Saarbrücken-Schafbrücke machte die „Antifa Saar/Projekt AK“ in einer Pressemitteilung zum wiederholten Male darauf aufmerksam, dass die NPD seit vielen Jahren unbehelligt und problemlos

zu „rassistischen, antisemitischen und NS-verherrlichenden Balladen“ in städtischen Hallen feiern könne.

Auch das Thema „Freiräume“ bzw. deren Schaffung und Erhalt besaß bei Angehörigen der autonomen Szene Saar im Jahr 2013 einen hohen Stellenwert. Als „Freiräume“ gelten insbesondere besetzte Häuser, kollektive Wohnprojekte sowie selbstverwaltete Jugend- und Kulturzentren. Darüber hinaus haben diese für Linksextremisten auch eine politische Bedeutung, da sie als „notwendige Widerstandsstrukturen – frei von Überwachung, Herrschaft, Konformitäts- und Konsumdruck“ angesehen werden. Vor diesem Hintergrund beteiligte sich die autonome „Antifa Saar/Projekt AK“ am 28. September in Saarbrücken mit einem Workshop zum Thema „Antifaschismus“ an einem Aktionstag für den Aufbau eines „selbstverwalteten Kulturzentrums“. Auf dem Programm stand ferner die Vorführung eines Films der „Antifa Saar/Projekt AK“ über die „Alte Feuerwache und ihren Kampf im Jahr 2005 für den Erhalt dieses selbstverwalteten Zentrums“.

Ferner bildete der Kampf gegen „staatliche Repression“ für die saarländischen Szeneangehörigen im vergangenen Jahr einen Schwerpunkt bei ihrer „politischen Arbeit“. Unter „Repression“ verstehen Autonome die staatliche Überwachung und Verfolgung von linksextremistisch motivierten Straftaten. Maßnahmen des Staates als Garant öffentlicher Sicherheit und Ordnung bei demonstrativen Anlässen werden von Szeneangehörigen generell als „ungerechte staatliche Unterdrückung“, „Repression“ und „Polizei- oder Amtswillkür“ interpretiert. Sie werfen den Sicherheitsbehörden regelmäßig vor, u.a. durch Einleitung zahlreicher Ermittlungsverfahren im Nachgang zu Demonstrationen „politisch unbequeme Personen und antifaschistischen Widerstand“ zu kriminalisieren. Polizei und Ämter werden als „Repressionsapparat“ diffamiert, der zur Aufrechterhaltung der „falschen Gesellschaft“ diene. Vor diesem Hintergrund halten Autonome den Einsatz von

Gewalt gegen Polizeibeamte grundsätzlich für ein legitimes Mittel. Entsprechende Solidaritätskampagnen zu Gunsten von Personen oder Organisationen, die einer vermeintlich „repressiven Maßnahme“ ausgesetzt sind, erfahren in der Regel eine breite Unterstützung. So prangerte die „Antifa Saar/Projekt AK“ in einer auf den 10. Oktober datierten Internetveröffentlichung mit dem Titel „Betroffen sind einige, gemeint sind wir alle! – Repression gegen saarländische AntifaschistInnen!“ mehrere Ermittlungsverfahren gegen Angehörige der linksextremistischen Szene Saar als „gezielte staatliche Repression“ an. Anlass des Artikels waren Ermittlungsverfahren gegen rund 20 Personen wegen Straftaten, die im Rahmen von „antifaschistischen“ Protesten gegen die NPD-Mahnwache am 29. Juli in Saarbrücken begangen worden waren. In dem Artikel stellten die unbekannten Verfasser die Strafanzeigen der Polizei als „gezieltes Repressionsinstrument“ dar, das der „Einschüchterung“ und dem Ziel diene, sie „mundtot“ zu machen. Auf Initiative der „Antifa Saar/Projekt AK“ fand am 25. November im Saarbrücker „Kultur- und Werkhof“ eine Vortragsveranstaltung zum Thema „Was tun wenn’s brennt? – Rechtshilfetipps für linke AktivistInnen“ statt. Als Referent fungierte ein Vertreter der linksextremistischen Rechts- und Hafthilfeorganisation „Rote Hilfe e.V.“ (Göttingen). Dieser erläuterte in seinem Vortrag wichtige Verhaltensregeln zum „Selbstschutz“ von Betroffenen gegenüber der Polizei bei Ingewahrsamnahmen, erkennungsdienstlichen Behandlungen, Vernehmungen oder Vorladungen sowie bei Ansprachen durch Mitarbeiter des Verfassungsschutzes. Am 5. Dezember folgten mehrere Szeneangehörige dem Aufruf der „Antifa Saar/Projekt AK“ zum solidarischen Besuch eines Prozesses vor dem Amtsgericht Saarbrücken gegen einen Gesinnungsgenossen wegen Widerstands gegen Polizeibeamte anlässlich einer unangemeldeten Spontandemonstration der autonomen Szene Saar gegen „Polizeigewalt und Repression“ im Jahr 2011 in Saarbrücken.

Die „antinationale.org“ (ANO), die seit ihrer Gründung im Jahr 2005 nach ihrem Selbstverständnis „unabhängig von Parteien und anderen Organisationen gegen Faschismus, Rassismus, Patriotismus, Kapitalismus und Repression“ agierte und sich für die Schaffung eines anarchistischen Systems anstelle der bestehenden staatlichen Ordnung einsetzte, hat sich im Mai 2013 als politische Organisation aufgelöst. Ursächlich für die Selbstauflösung war nach eigenem Bekunden der Wegzug aktiver Mitglieder aus der Region. Bis zu diesem Zeitpunkt entwickelte die ANO ebenfalls eigenständige Aktivitäten auf zentralen autonomen Aktionsfeldern.

Bei ihrem Kampf gegen Rechtsextremismus zählte die ANO als Teil des „Anarchistischen Netzwerkes Südwest“ zum Unterstützerkreis von Aufrufen gleich gesinnter Gruppierungen zu Protestaktionen gegen eine „Fackelmahnwache von Neonazis“ am 23. Februar in Pforzheim und gegen einen „Naziaufmarsch“ am 25. Mai in Karlsruhe.

Im Rahmen ihrer „Antirepressionsarbeit“ warb die ANO Ende Januar auf ihrer Homepage mit dem Slogan „Solidarität ist unsere Waffe! Gegen staatliche Repression!“ um solidarische Unterstützung eines Berliner „Antifaschisten“, der u.a. wegen besonders schweren Landfriedensbruchs im Zusammenhang mit Protestaktionen gegen einen „Naziaufmarsch“ im Jahr 2011 zu einer Haftstrafe von 22 Monaten ohne Bewährung verurteilt worden war.

Die „antinationale.org“ befasste sich bis zuletzt auch mit dem Thema „Freiräume“. So zählten ANO-Aktivisten am 23. April zu den 1.500 Teilnehmern einer Demonstration in Frankfurt am Main, mit der gegen eine polizeiliche Räumung eines seit zehn Jahren besetzten Objektes mit der Szenebezeichnung „Institut für vergleichende Irrelevanz“ protestiert wurde. Im Saarland beteiligten sich Angehörige der autonomen Szene, darunter frühere ANO-Mitglieder, aktiv an den Veranstaltungen des mittlerweile fünften „JUZ BLEIBT! Festival“ am

21./22. Juni im St. Ingberter Jugendzentrum. Auf dem Programm dieses Festivals mit Musikgruppen aus dem Bundesgebiet und dem Saarland standen u.a. auch ein Vortrag der „Antifa Griechenland“ und ein Referat der „Autonomen Antifa (F)“ aus Frankfurt am Main zum Thema „Rebel with a cause – gegen Kapitalismus und Rassismus“.

2.2.2 Antiimperialistische Szene Saar

Innerhalb der gewaltorientierten antiimperialistischen Szene Saar sind nur noch wenige Aktivisten aus der ehemaligen saarländischen Unterstützerszene der „Roten Armee Fraktion“ (RAF) aktiv, die in der Saarbrücker Gruppe „BASIS - Büro und Anlaufstelle für Selbstorganisation - Internationalismus - Soziale Emanzipation“ organisiert sind. Diese halten weiterhin den Aufbau fester organisierter Strukturen innerhalb des antiimperialistischen/autonomen Spektrums für unverzichtbar, um die Sprach- und Bedeutungslosigkeit der „radikalen Linken“ überwinden zu können. Sie treten zwar nicht offen gewalttätig oder gewaltbefürwortend auf, lehnen aber ein Bekenntnis zur Gewaltfreiheit strikt ab.



Diese „Alt-Antiimps“ engagierten sich auch im vergangenen Jahr unter der Bezeichnung „Libertad! Saar“ nahezu ausnahmslos innerhalb der bundesweiten und in Frankfurt am Main ansässigen Initiative „Libertad!“. Diese sieht in den aktuellen Auseinandersetzungen gegen Globalisierung, Krieg, „staatliche Repression und Überwachung“ und gegen Kapitalismus vor dem Hintergrund der Finanzkrise Ausgangspunkte für den Aufbau eines internationalen Netzwerkes revolutionärer Kräfte. Dem eigenen Anspruch entsprechend arbeitete „Libertad!“ im Jahr 2013 im Aktionsbündnis „Interventionistische Linke“ (IL) mit, ein 2005 gegründetes bundesweites informelles Netzwerk von Aktivisten überwiegend aus dem autonomen und antiimperialistischen

Spektrum. Die „Libertad!“-Angehörigen versuchen mit der Weiterentwicklung dieses Bündnisses durch Bündelung verschiedener Strömungen innerhalb der linken Szene und der Schaffung fester Organisationsstrukturen, die oftmals lediglich lokal verankerten Gruppierungen aus der politischen Bedeutungslosigkeit herauszuführen und ihnen „Einfluss“ auf die Entwicklung von Politik und Gesellschaft zu verschaffen.

Die Initiative „Libertad!“ einschließlich ihrer Saarbrücker Ortsgruppe unterstützte den Aufruf eines breiten „Aktionsbündnisses gegen die NATO-Sicherheitskonferenz“ zu einer Großdemonstration „Gegen Rüstung und Krieg, für Frieden und Abrüstung“ am 2. Februar in München anlässlich der „49. Konferenz für Sicherheitspolitik“. Ferner mobilisierte „Libertad!“ für eine Teilnahme an einer „Antifaschistischen Großdemonstration“ unter dem Motto „Greift ein gegen Naziterror, staatlichen und alltäglichen Rassismus - Verfassungsschutz abschaffen!“ am 13. April in München im Vorfeld des „NSU-Prozesses“.

Vor dem Hintergrund der Finanzkrise fokussierte „Libertad!“ als Teil des IL-Netzwerkes sich 2013 vornehmlich auf das Aktionsfeld „Antikapitalismus“.

Anfang Mai warben saarländische „Libertad!“-Aktivisten im Raum Saarbrücken mit der Verbreitung eines Flyers „BLOCKUPY Frankfurt! Widerstand im Herzen des europäischen Krisenregimes“ für eine Beteiligung an „antikapitalistischen“ Protestaktionen am 31. Mai und 1. Juni in der deutschen Bankenmetropole. Zu diesen „Aktionstagen gegen die Krisenpolitik der Troika aus EU-Kommission, Europäischen Zentralbank (EZB) und Internationalen Währungsfonds (IWF)“ hatte ein bundesweites „Blockupy-Bündnis“ aus überwiegend nichtextremistischen Initiativen, Gewerkschaften und demokratischen Organisationen sowie gemäßigten Linksextremisten und autonomen Gruppierungen aufgerufen. An den vielfältigen Protestaktionen beteiligten sich

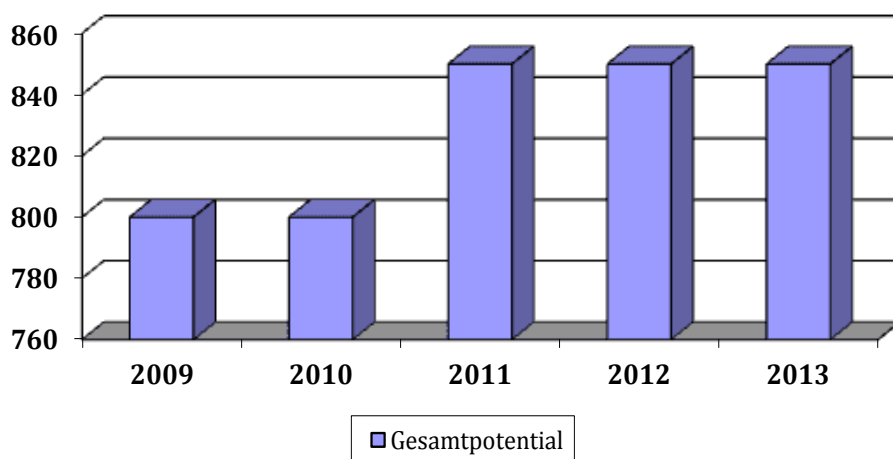
polizeilichen Feststellungen zufolge auch Angehörige der linksextremistischen Szene Saar. Einen Schwerpunkt der Aktionstage, mit denen ein Zeichen gegen die „Krisen- und Verarmungspolitik der Troika“ gesetzt werden sollte, bildeten mehrere Blockaden am 31. Mai. An den zentralen Protesten vor der EZB nahmen nach Polizeiangaben ca. 1.100 Personen teil. Darüber hinaus führten ca. 700 Personen am Frankfurter Flughafen unter dem Motto „Blockupy Deportation Airport!“ eine antirassistische Kundgebung gegen die europäische Abschiebe- und Flüchtlingspolitik durch. An der internationalen Großdemonstration am 1. Juni zum Abschluss der Aktionstage beteiligten sich polizeilichen Feststellungen zufolge etwa 5.000 bis 6.000 Personen, darunter ein „antikapitalistischer Block“ aus überwiegend Angehörigen der bundesweiten linksextremistischen Szene. Rund 900 Personen wurden zum Zweck der Identitätsfeststellung mehrere Stunden von der Polizei „eingekesselt“. Dabei wurden die Sicherheitskräfte sowohl aus diesem Block heraus als auch von weiteren Demonstranten außerhalb des Kessels u.a. mit Pyrotechnik, Fahnenstangen, Pfefferspray und Tritten attackiert sowie mit Flaschen und Farbbeuteln beworfen. Im Nachgang referierten saarländische „Libertad!“-Aktivisten Presseveröffentlichungen zufolge auf einer von nichtextremistischen Organisationen am 18. Juli in Saarwellingen initiierten Veranstaltung zum Thema „Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Deutschland in Gefahr: Blockupy 2013 in Frankfurt“. Dabei informierten die Szeneangehörigen u.a. über die antikapitalistischen Protestaktionen und berichteten über ihre Erfahrungen im „Frankfurter Polizeikessel“.

IV. Beobachtungsbereich Ausländerextremismus / Islamismus 2013

1. Allgemeine Entwicklung und Zahlen

1.1 Personenpotenzial

Das Mitglieder-/Anhängerpotenzial der dem Beobachtungsbereich Ausländerextremismus zugeordneten Organisationen, Gruppierungen und Einzelaktivisten im Saarland (einschließlich Islamismus/islamistischer Terrorismus) ist mit ca. 850 Personen gegenüber den beiden Vorjahren konstant geblieben.



Entwicklung des ausländerextremistischen Personenpotenzials innerhalb der letzten fünf Jahre

	2009	2010	2011	2012	2013
Gesamtpotenzial	800	800	850	850	850

Die „Arbeiterpartei Kurdistans“ (PKK) stellte sich mit etwa 300 Mitgliedern/Anhängern und einem Mobilisierungspotenzial von bis zu 700 Personen unverändert als die zahlenmäßig größte und aufgrund ihrer Aktivitäten in der Öffentlichkeit am stärksten wahrgenommene ausländerextremistische

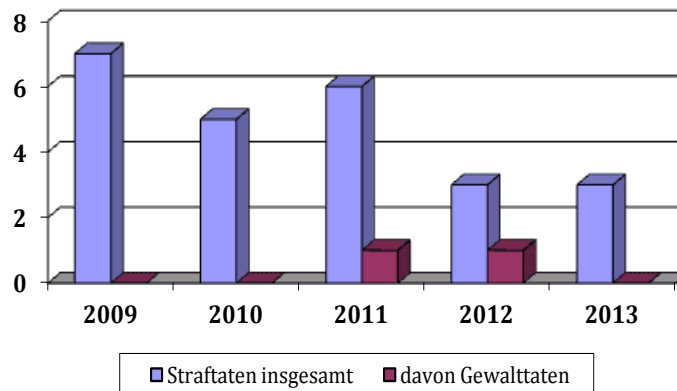
Einzelgruppierung dar. Auch im Berichtsjahr belegte die Unterstützung der von der Organisationsführung initiierten Kampagnen und Aktionen durch die hiesige Anhängerschaft erneut ihre Einbindung in die streng hierarchisch gegliederte Gesamtorganisation.

Dem Phänomenbereich Islamismus sind im Saarland derzeit insgesamt etwa 420 Personen zuzurechnen. Die größte islamistische Organisation im Saarland ist mit über 200 Anhängern weiterhin die organisatorisch durch Gemeinden in Völklingen-Luisenthal und Schmelz vertretene „Islamische Gemeinschaft Milli Görüs“ (IGMG).

Der islamistischen Strömung des Salafismus werden derzeit im Saarland rund 90 Personen zugerechnet; eine exakte Quantifizierung ist aufgrund struktureller Besonderheiten dieses Phänomenbereichs jedoch nur schwer möglich. Der Begriff „Salafismus“ bezeichnet eine islamistische Ideologie und die aus ihr hervorgegangene Bewegung, nach der sich die Muslime in Glaubensfragen, religiöser Praxis und Lebensführung ausschließlich an den Prinzipien des Koran und dem vom Propheten Muhammad und den ersten Muslimen gesetzten Vorbild auszurichten haben. Ziel von Salafisten ist die vollständige Umgestaltung von Staat, Gesellschaft und individuellem Lebensvollzug jedes einzelnen Menschen nach „gottgewollten“ Grundsätzen. Das Demokratieprinzip wird kategorisch abgelehnt, die „weltliche“ Gesetzgebung strikt negiert. Damit stehen Kernelemente der salafistischen Ideologie im Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Während die allermeisten Islamisten ihre Ziele durch die langfristige Veränderung der Gesellschaft erreichen wollen, setzen einige wenige auch auf Gewalt und terroristische Akte.

1.2 Politisch motivierte Kriminalität (PMK)

In 2013 waren insgesamt drei Straftaten mit erwiesenem bzw. zu vermutendem ausländerextremistischen Hintergrund zu verzeichnen (Vorjahr: drei Straftaten, eine Gewalttat).



Entwicklung der ausländerextremistisch motivierten Straftaten innerhalb der letzten fünf Jahre

	2009	2010	2011	2012	2013
Straftaten insgesamt	7	5	6	3	3
davon Gewalttaten	0	0	1	1	0

1.3 Entwicklungen

Auch im vergangenen Jahr waren im Saarland die Entwicklungen in den Bereichen Islamistischer Terrorismus, Islamismus - hier speziell salafistische Bestrebungen - und PKK von besonderem Interesse.

Die von deutschen Sicherheitsbehörden konstatierte intensivierete abstrakte Gefährdungslage durch den islamistischen Terrorismus hält unverändert an. Insofern stehen die Bundesrepublik Deutschland, ihre staatlichen und zivilen Einrichtungen sowie ihre Bediensteten und Bürger unverändert im erklärten

Zielspektrum des islamistischen Terrorismus und unterliegen damit einer fortgesetzten hohen Gefährdung, die sich jederzeit durch terroristische Taten konkretisieren kann. Allerdings dürften durch die getroffenen Maßnahmen in- und ausländischer Sicherheitsbehörden sowie dem konstant hohen Verfolgungsdruck komplexe, international von Kern-al-Qaida (AQ) gesteuerte Operationen im Bundesgebiet mittelfristig erschwert worden sein. Vor diesem Hintergrund stellen insbesondere Rückkehrer aus jihadistischen Ausbildungslagern und Kampfgebieten neben fanatisierten Einzeltätern und Kleinstgruppen aktuell die größte Gefahr dar.

Nach derzeitiger Erkenntnislage reisten mehr als 320 (Stand: April 2014) deutsche Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland in Richtung Syrien aus, um dort beispielsweise an Kampfhandlungen teilzunehmen oder den Widerstand gegen das Assad-Regime in sonstiger Weise zu unterstützen, jedoch liegen nicht in allen Fällen Erkenntnisse vor, ob sich diese Personen tatsächlich in Syrien aufhalten bzw. aufgehalten haben. Aufgrund der dynamischen Lageentwicklung vor Ort unterliegt diese Zahl tagesaktuellen Veränderungen mit eher steigender Tendenz. Von diesen mehr als 320 Personen sind einige wieder nach Deutschland zurückgekehrt; aktuell liegen den Sicherheitsbehörden nur zu etwa einem Dutzend Personen belastbare Informationen vor, dass sie sich aktiv am bewaffneten Widerstand in Syrien beteiligt haben. Ferner liegen zu mehr als 20 Personen Hinweise vor, dass diese in Syrien verstorben sind, wobei in keinem Fall eine behördliche Bestätigung vorliegt.

Generell sind die deutschen Sicherheitsbehörden bestrebt, möglichst viele Ausreiseplanungen frühzeitig zu unterbinden; die Anzahl der tatsächlich verhinderten Ausreisen bewegt sich dabei im niedrigen zweistelligen Bereich. Auch wenn den Sicherheitsbehörden derzeit keine Hinweise zu konkreten Tatplanungen vorliegen, muss unter Berücksichtigung des in Deutschland

zumindest quantitativ starken jihadistischen Personenpotentials sowie der Schwierigkeit, emotionalisierte Spontan- und Einzeltäter frühzeitig zu erkennen, auch hier mit der Vorbereitung bzw. Verwirklichung terroristischer Anschläge gerechnet werden.

Im Saarland konnten bislang keine extremistisch bzw. islamistisch motivierten Reisebewegungen nach Syrien nachgewiesen werden. Hier wurden lediglich Geld- und Sachspenden gesammelt, um die Glaubensbrüder in Syrien zu unterstützen.

2. Einzelaspekte aus dem Beobachtungsbereich Ausländerextremismus ohne Islamismus / Islamistischer Terrorismus

2.1 PKK

2.1.1 Allgemeine Entwicklungen im Bereich der PKK

Die PKK, die in Westeuropa seit 1999 um ein weitgehend gewaltfreies Erscheinungsbild bemüht ist, hingegen in der Türkei auch unter Einsatz ihrer so genannten „Volksverteidigungseinheiten“ (HPG) gewaltsam



ihre Ziele verfolgt, hat in 2013 einen neuen Anlauf zum friedlichen Ausgleich mit der Türkei gestartet. Nach Sondierungsgesprächen der türkischen Regierung mit dem inhaftierten Kurdenführer Abdullah ÖCALAN Ende 2012 rief dieser in einer von der kurdischen Presse als „historisch“ bezeichneten und zum kurdischen Neujahrsfest NEWROZ am 21. März in Diyarbakir (Türkei) verkündeten Botschaft seine Anhänger zur Beendigung des fast 30 Jahre dauernden bewaffneten Kampfes in der Türkei auf. Zugleich forderte er politische Verhandlungen, eine

Demokratisierung der Türkei und appellierte an die PKK-Guerillakämpfer, sich aus der Türkei und von den Grenzen des Landes zurückzuziehen.

Offenbar durch den eingeschlagenen Friedenskurs zeigte sich auch das Aktionsverhalten der PKK-Anhänger in Deutschland moderater. So konnte im Berichtszeitraum festgestellt werden, dass Veranstaltungen – abgesehen von gelegentlichen Handgreiflichkeiten mit türkischen national gesinnten Personen – gewaltfrei verliefen; insbesondere blieben die in den vergangenen Jahren aufgrund der angespannten Situation in der Türkei teilweise festgestellten militanten Protest- und Besetzungsaktionen von Anhängern der PKK-Jugendorganisation „Komalen Ciwan“ (KC) aus.

Im Mittelpunkt der Propagandaaktionen der PKK-Anhängerschaft stand neben der Freilassung ÖCALANs und dem Syrien-Konflikt insbesondere die Forderung nach Aufklärung eines Mordanschlags, dem am 9. Januar in Paris drei PKK-Aktivistinnen zum Opfer gefallen waren. Während PKK-nahe Organisationen türkische Regierungskreise der Tat beschuldigten, wies die Regierung in Ankara auf die Möglichkeit einer PKK-internen Vergeltungsaktion hin. Am 17. Januar nahm die französische Polizei den mutmaßlichen Täter fest. Unmittelbar nach den Morden fanden sowohl in Deutschland als auch in anderen europäischen Ländern überwiegend friedlich verlaufene Aktivitäten, insbesondere in Form von Gedenkveranstaltungen, statt. Darüber hinaus wurden in verschiedenen deutschen Städten, so auch in Saarbrücken, kontinuierlich Kundgebungen und Mahnwachen vor französischen Konsulaten durchgeführt, mit denen die Morde thematisiert wurden.

Am 16. Februar fand anlässlich des 14. Jahrestags der Verhaftung ÖCALANs (15. Februar 1999) in Straßburg eine friedlich verlaufene Großdemonstration mit rund 10.000 PKK-Anhängern statt. Bei der Veranstaltung wurden ein „freies

Kurdistan“ und „Gerechtigkeit“ im Zusammenhang mit den Morden in Paris gefordert.



Quelle:
www.rojaciwan.com

Die zentrale Großveranstaltung zum kurdischen Neujahrsfest NEWROZ unter dem Motto „Freiheit für ÖCALAN – Frieden in Kurdistan“ am 23. März in Bonn mit 9.000 Teilnehmern war geprägt durch die Würdigung des Friedensaufrufes ÖCALANs vom 21. März. Kurz nach dessen Verkündung hatte die PKK mitgeteilt, dass der Rückzug der „Volksverteidigungskräfte“ (HPG) an vom türkischen Parlament zu beschließende Gesetze geknüpft sei und sich die HPG weiterhin ein Recht auf Verteidigung und Vergeltung vorbehielten.

Im Mai begann die PKK öffentlichkeitswirksam mit einem schrittweisen Rückzug ihrer Kampfeinheiten aus der Türkei und gab im Juli einen fast vollständigen Abzug der HPG aus der Türkei bekannt, im Gegenzug wurde der türkische Staat aufgefordert, die notwendigen verfassungsrechtlichen Schritte zu erfüllen. Am 24. Juli äußerte ein PKK-Führungsfunktionär, dass der gegenwärtige Friedensprozess sehr einseitig verlaufe und die Geduld der PKK Grenzen habe. So habe ÖCALAN mitgeteilt, dass der Waffenstillstand aufgehoben werde, wenn von Seiten der türkischen Regierung bis zum 15. Oktober keine Schritte unternommen würden.

Ende Juli kam es im türkisch-syrischen Grenzgebiet zu heftigen Kämpfen zwischen jihadistischen – al-Qaida nahe stehenden – Gruppierungen und den „kurdischen Volksverteidigungseinheiten“ (YPG) der „Partei der Demokratischen Einheit“ (PYD), der syrischen Schwesterorganisation der PKK. Organisationsnahe Medien sprachen vom „Rojava-Massaker an der kurdischen Zivilbevölkerung“, bei dem 70 kurdische Zivilisten von Islamisten hingerichtet und 350 weitere Zivilisten entführt worden sein sollen. Als Reaktion fanden in den folgenden

Monaten in vielen deutschen Städten zahlreiche Solidaritätsveranstaltungen für die syrischen Kurden und zur Unterstützung der „Revolution in Rojava“ statt.

Anfang September gab die PKK bekannt, dass sie den Rückzug ihrer Kampfeinheiten aufgrund der passiven Haltung der türkischen Regierung gestoppt habe. Man wolle jedoch die Waffenruhe fortsetzen, um der Regierung und dem Lösungsprojekt Abdullah ÖCALANs noch eine Chance zu geben.

Unter dem Motto „Freiheit für ÖCALAN – Frieden in Kurdistan“ fand am 21. September im Westfalenhallen-Park in Dortmund das 21. „Internationale Kurdische Kulturfestival“ statt. Die im Gegensatz zum Vorjahr friedlich verlaufene Großveranstaltung mit ca. 24.500 Teilnehmern war den Anfang Januar in Paris ermordeten Kurdinnen sowie den Opfern der „Revolution in Rojava“ gewidmet.

Ende Oktober verschärfte die PKK ihre Drohungen gegen die Türkei. So erklärte ein hochrangiger PKK-Funktionär, dass das Ende des gegenwärtigen Friedensprozesses zwischen der PKK und dem türkischen Staat erreicht sei, wenn es keine Garantie für Veränderungen gebe und drohte mit der Rückkehr der Guerillaeinheiten aus dem Nordirak in die Türkei, falls die kurdischen Bedingungen nicht erfüllt würden.

Medienberichten zufolge ließ ÖCALAN Ende Oktober mitteilen, dass der Friedensprozess mit neuer Struktur und Form fortgesetzt werden müsse. Alle Beteiligten sollten wissen, dass er „das Notwendigste beitragen“ werde.

Anlässlich des Jahrestages des Betätigungsverbots der PKK demonstrierten am 16. November in Berlin ca. 5.500 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland. Im Verlauf des Aufzuges kam es vereinzelt zu Verstößen gegen das Vereinsgesetz (Mitführen verbotener Fahnen), die zum

Einschreiten der Polizeikräfte führten. Während der Abschlusskundgebung forderten verschiedene Redner, die „Kriminalisierung“ der Kurden zu beenden, die Identität der Kurden anzuerkennen und das PKK-Verbot aufzuheben.

2.1.2 Struktur der PKK

Der politische Arm der PKK in Europa, die „Koordination der Kurdischen demokratischen Gesellschaft in Europa“ (CDK), unterhält ein verzweigtes Netz aktiver Funktionäre, die Anordnungen und Vorgaben der Organisationsspitze an nachgeordnete Hierarchieebenen zur Umsetzung weitergeben. An ihrer Spitze stehen Funktionäre, die in der Regel von der Europaleitung für einen begrenzten Zeitraum eingesetzt werden.

In Deutschland ist die PKK in vier Sektoren („SAHAs“) für die Bereiche Nord, Mitte sowie Süd 1 und Süd 2 mit jeweils einem Führungsfunktionär an der Spitze eingeteilt. Diesen SAHAs sind 28 Gebiete untergeordnet, die sich wiederum in Teilgebiete gliedern. Die örtlich eingesetzten Funktionäre arbeiten meist im Verborgenen, um sich einem staatlichen Zugriff zu entziehen und verfügen nur selten über persönliche Bindungen.

Das „Gebiet Saarland“ gehört mit seinen sieben – bis in die Westpfalz reichenden Teilgebieten – zum „SAHA Süd 1“.

Die PKK-Anhängerschaft ist in Europa in lokalen Vereinen organisiert. Koordiniert wird das Vereinsleben durch die 1993 gegründete und in Brüssel ansässige „Konföderation kurdischer Vereine in Europa“ (KON-KURD). Die KON-KURD benannte sich im Juli in „Kurdischer demokratischer Gesellschaftskongress in Europa“ (KCD Ewropa) um und beschloss eine organisatorische Neustrukturierung, mit der künftig alle kurdischen Vereine und Gremien unter einem Dach vereint werden sollen. Der KCD Ewropa sind die

jeweiligen nationalen, der PKK nahe stehenden Dachverbände als Mitgliedsorganisationen angeschlossen. In Deutschland tritt für die Belange der PKK die Dachorganisation „Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e.V.“ (YEK-KOM) mit (Eigenangaben zufolge) 45 angeschlossenen Ortsvereinen ein. Dazu gehört die Saarbrücker „Kurdische Gemeinde Saarland e.V.“ (KGS), die den Anhängern in der Region als Treffpunkt und Anlaufstelle dient. Ihre Aufgabe ist es, die durch die Gebietsleitung vermittelten Vorgaben der PKK-Führung organisatorisch umzusetzen; das bedeutet nicht nur, die in ihrem Einzugsgebiet lebenden Kurden für die Ziele der PKK zu gewinnen, sondern auch den Rahmen für politische Schulungen zu geben und sie für Veranstaltungen bzw. Demonstrationen sowie Spendenkampagnen zu mobilisieren.

Zwei Vorstandsmitglieder der KGS gehören der im Saarland neu gegründeten Gruppe der PKK-Massenorganisation „Verband der Studierenden aus Kurdistan“ (XYK) an, die über soziale Netzwerke im Internet kommuniziert.

Die kurdische Jugend ist im Saarland nicht vereinsrechtlich organisiert, allerdings auch über das Internet vernetzt; so nutzen über 100 jugendliche PKK-Sympathisanten ebenfalls soziale Netzwerke im Internet als Kommunikationsplattform.



2.1.3 Aktivitäten der saarländischen PKK-Anhängerschaft

In Umsetzung der Organisationsvorgaben führte die saarländische Anhängerschaft der PKK auch in 2013 zahlreiche Veranstaltungen und Demonstrationen entweder selbst durch oder beteiligte sich an überregionalen Großkundgebungen. In diesem Zusammenhang sind u. a. zu erwähnen:

- 18. 01. - Wöchentliche Mahnwachen vor dem Französischen Generalkonsulat
- 29. 05. in Saarbrücken,
- 12.01. Beteiligung an zentraler Großdemonstration in Paris mit 250 Kurden,
- 02.02. Demonstration mit 300 Teilnehmern in Saarbrücken zur Aufklärung der Morde in Paris,
- 16.02. Beteiligung von 700 Kurden an der Großdemonstration zum 14. Jahrestag der Festnahme ÖCALANs in Straßburg,
- 20.03. NEWROZ-Demonstration in Saarbrücken mit 250 Teilnehmern,
- 23.03. Beteiligung an zentraler NEWROZ-Feier in Bonn mit 500 Teilnehmern,
- 25.06. Teilnahme von 80 Kurden an einer zentralen Großkundgebung in Straßburg zum 1. Jahrestag der Dauermahnwache zur Freilassung ÖCALANs,
- 09.08. Demonstration in Saarbrücken zur Lage in Syrien mit 80 Teilnehmern,
- 23.08. Demonstration in Saarbrücken unter dem Motto „Informierung der Bürgerinnen und Bürger über den Bürgerkrieg in Syrien und Angriffe von Dschihadisten auf Zivilisten“ mit 200 Teilnehmern,
- 21.09. Teilnahme am „Internationalen Kurdistan Festival“ in Dortmund mit 500 saarländischen Anhängern,
- 16.11. Beteiligung von 60 PKK-Anhängern an einer zentralen Großdemonstration in Berlin zum 20. Jahrestag des PKK-Verbotes,
- 13.12. Kundgebung in Saarbrücken unter dem Motto „Ermordung der Zivilisten in der Türkei“ mit 100 Teilnehmern.

2.2 Liberation Tigers of Tamil Eelam (LTTE)



Die tamilische Separatistengruppe LTTE verfolgt auch nach ihrer militärischen Zerschlagung im Mai 2009 weiterhin das Ziel, im überwiegend von Tamilen bevölkerten Norden und Osten Sri Lankas einen unabhängigen sozialistischen Tamilen-Staat („Tamil Eelam“) zu errichten. Nach dem rund 26 Jahre dauernden Bürgerkrieg mit insgesamt mehr als 100.000 Todesopfern auf beiden Seiten kam es insbesondere aufgrund einer fehlenden „Kommandoebene“ im Heimatland zu einer Aufspaltung der Anhängerschaft innerhalb der tamilischen Diaspora, aus der sich zwei miteinander konkurrierende Flügel etablierten: die „Moderaten“, welche die LTTE in eine gewaltfreie und demokratische Bewegung umwandeln wollen, und die „Hardliner“, die an der Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes zur Errichtung eines tamilischen Staates festhalten. Nach einem anfänglichen Konkurrenzkampf kam es in Deutschland zwischenzeitlich wieder zu einer Annäherung beider Flügel. Inwiefern sich diese Entwicklungen auf die derzeitigen Organisations- und Personalstrukturen auswirken werden, bleibt allerdings abzuwarten. Die LTTE ist in Deutschland zwar nicht verboten, wird aber auf der so genannten „Terrorliste“ der Europäischen Union geführt.

Aktuell ist die LTTE-Anhängerschaft in Deutschland in einer Vielzahl tamilischer Vereine organisiert, die schwerpunktmäßig für das Sammeln von Spendengeldern, die Durchführung von Propagandaaktionen und die Mobilisierung für regionale und überregionale Veranstaltungen zuständig sind. Von besonderer Bedeutung sind hierbei Kultur- und Sportvereine sowie die tamilischen Schulen und Bildungseinrichtungen („Thamilalayams“).

Der Saarbrücker „Tamilische Kulturverein e.V.“ sowie die tamilischen Schulen in Saarbrücken, Sulzbach, Dillingen und Homburg dienen der LTTE-

Anhängerschaft im Saarland als Anlaufstellen. Das Mobilisierungspotenzial liegt insgesamt bei rund 300 Personen.

Die Annäherungsbemühungen zwischen dem moderaten und dem konservativen Flügel haben sich im Berichtszeitraum augenscheinlich nicht belebend auf die Aktivitäten der saarländischen LTTE-Anhängerschaft ausgewirkt. So konnten wie in den Vorjahren nur wenige Aktionen im Saarland sowie nur eine geringe Beteiligung der hiesigen Organisationsanhänger an überregionalen Veranstaltungen beobachtet werden:

Mit einem „weißen Lieferwagen“ als Symbol für die Verschleppung angeblich tausender Tamilen im Nord-Osten Sri Lankas machte die von LTTE-nahen Menschenrechtsaktivisten initiierte Aktionskampagne „The Tamil Van - Völkermord an den Tamilen“ auf ihrer Route von London nach Genf am 26. Februar einen Zwischenstopp in Saarbrücken.

Anlässlich des so genannten „War Crimes Day“ beteiligten sich einige LTTE-Anhänger aus dem Saarland an einer Großdemonstration am 18. Mai in Düsseldorf. Mehrere Hundert Teilnehmer zeigten während des Aufzugs LTTE-Fahnen, Plakate und Banner, mit denen auf die angeblichen Kriegsverbrechen der srilankischen Armee an der tamilischen Bevölkerung hingewiesen wurde.

Eingebettet in zahlreiche themengleiche Veranstaltungen in mehreren Bundesländern, wurde am 23. Juli vor der Europagalerie in Saarbrücken ein Informationsstand zum 30. Jahrestag des „Black July“ (Schwarzer Juli) betrieben. Mit dem Zeigen von Bildtafeln und Zeitungsartikeln gedachten die saarländischen LTTE-Anhänger der Opfer der Pogrome und Massaker an der tamilischen Bevölkerung in Sri Lanka im Jahr 1983.

Am 22. September beteiligten sich einige wenige LTTE-Anhänger aus dem Saarland an einer Großveranstaltung in Genf/CH, um gegen die Menschenrechtsverletzungen an der tamilischen Bevölkerung in Sri Lanka zu demonstrieren. Die Demonstration war zudem der Start einer Fahrradtour mehrerer LTTE-Anhänger „gegen den Völkermord in Sri Lanka“ von Genf nach Brüssel. Die Fahrradtour führte vom 24. bis 26. September auch durch das Saarland.

Zuletzt beteiligte sich die saarländische LTTE-Anhängerschaft am 27. November



in Dortmund an den Feierlichkeiten zum so genannten „Heldengedenktag“. Traditionell wurde der Geburtstag des 2009 getöteten LTTE-Führers PRABAKHARAN zum Anlass genommen, der im Kampf um einen unabhängigen Tamilenstaat Gefallenen zu gedenken.

Quelle: www.wn.com

3 Einzelaspekte aus dem Beobachtungsbereich Islamismus / Islamistischer Terrorismus

3.1 Islamismus

Das breite Spektrum islamistischer Bestrebungen ist in Teilen auch im Saarland vertreten bzw. in einigen Erscheinungsformen ideologisch oder organisatorisch mit Gruppierungen oder Einzelpersonen aus dem Saarland verbunden. Oft nur schwer erkennbar, bestehen solche Verbindungen z. B. zur „Muslimbruderschaft“ (MB), zur „Tabligh-i-Jama'at“-Bewegung (TJ) und auch zur „Hizb Allah“ (HA).



Die Anziehungskraft, die der Salafismus als die aktuell sowohl in Deutschland als auch auf internationaler Ebene dynamischste islamistische Bewegung insbesondere auf jüngere Menschen ausübt, zeigt ihre Auswirkungen auch im Saarland. Im Gegensatz zu früheren Jahren, als insbesondere der salafistische Verein „Einladung zum Paradies“ (EZP) im Saarland offene Missionierungsarbeit leistete, waren hier 2013 – wie auch schon in den beiden Vorjahren – keine öffentlichkeitswirksamen Veranstaltungen von Salafisten festzustellen. Gleichwohl war im vergangenen Jahr für salafistische Erscheinungsformen im Saarland eine deutliche Belebung der personellen und organisatorischen Strukturen zu konstatieren.

Den rund 90 Salafisten im Saarland dienen insbesondere ein Verein in Sulzbach sowie ein Verein in Merzig als Anlaufstellen.

Im besonderen Fokus der Öffentlichkeit stand 2013 der Salafismus aufgrund der aktuellen Entwicklungen in Syrien und einer stetig steigenden Zahl von Reisebewegungen von Salafisten aus Deutschland und Europa nach Syrien sowie einer deutlichen Zunahme salafistisch motivierter Hilfskonvois und entsprechender Propaganda. Der Syrien-Konflikt wurde innerhalb der salafistischen Szene im Saarland regelmäßig thematisiert. In diesem Zusammenhang konnten in der Vergangenheit immer wieder Solidaritätsbekundungen für die Aufständischen sowie regimekritische Äußerungen festgestellt werden. Bereits seit Ende 2012 werden im Saarland regelmäßig Spendensammlungen für syrische Flüchtlinge in der Türkei und die Not leidende Bevölkerung in Syrien durchgeführt. Neben Sachspenden wie Bekleidung, Bettwäsche und Spielzeug wurden auch Geldspenden gesammelt, mit denen vorgeblich karitative Zwecke verfolgt wurden; eine Unterstützung der islamistisch ausgerichteten syrischen Widerstandsbewegung kann allerdings im Einzelfall nicht ausgeschlossen werden.

Im Zusammenhang mit der Ausreise von Islamisten in Richtung Syrien zur Teilnahme an Kampfhandlungen oder Unterstützung des Widerstands gegen das Assad-Regime wurden den saarländischen Sicherheitsbehörden wenige Einzelpersonen bekannt, die eine entsprechende Ausreise geplant haben bzw. planen sollen; bislang konnten allerdings keine Erkenntnisse gewonnen werden, die auf islamistisch bzw. extremistisch motivierte Reisebewegungen hindeuten.

Innerhalb des islamistischen Spektrums im Saarland blieb weiterhin mit über 200 Mitgliedern/Anhängern die IGMG die personell stärkste Organisation. Gemeindestrukturen finden sich in Völklingen-Luisenthal sowie in Schmelz. Während die „IGMG - Islamische Gemeinschaft Milli Görüs, Ortsverein Völklingen e.V.“ - eine Moschee in Völklingen-Luisenthal unterhält, verfügt die IGMG-Gemeinde in Schmelz nach wie vor über keine eigenen Gebetsräumlichkeiten. Beide Gemeinden sind dem „IGMG-Landesverband Rhein-Neckar-Saar“ mit Sitz in Ludwigshafen angegliedert.



Die IGMG verfolgt ihre Ziele mit friedlichen Mitteln; extremistische Äußerungen ihrer Ableger im Saarland wurden auch im vergangenen Jahr nicht bekannt. Öffentlichkeitswirksam trat der Luisenthaler IGMG-Verein als Mitorganisator einer Veranstaltung am 6. April in Neunkirchen in Erscheinung.

3.2 Islamistischer Terrorismus

Obgleich im abgelaufenen Jahr keine Hinweise auf konkrete islamistisch-terroristische Aktivitäten im Saarland bzw. im Saarland lebender Personen gewonnen werden konnten, machten die Ereignisse in der Vergangenheit deutlich, dass entsprechende Elemente auch das hiesige Bundesland tangieren. Dies gilt insbesondere für den in der Öffentlichkeit als Mitglied der so genannten „Sauerland Gruppe“ bekannt gewordenen Daniel Martin SCH. Der inzwischen 28-jährige SCH., der bis zu seiner Festnahme am 4. September 2007 in Dudweiler-Herrensohr wohnhaft war, wurde im März 2010 vom Oberlandesgericht Düsseldorf u. a. wegen Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung im Ausland, Verabredung zum Mord sowie Herbeiführen einer

Sprengstoffexplosion zu einer Freiheitsstrafe von zwölf Jahren verurteilt und sitzt seither in der Justizvollzugsanstalt Saarbrücken ein.

V. Spionage-/ Sabotageabwehr, Wirtschaftsschutz

Die Bundesrepublik ist als eine der führenden Industrienationen und als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie mit Weltmarktführung sowie wegen ihrer politischen Rolle in der EU und NATO ein Zielgebiet für fremde Nachrichtendienste. Ihre offene und pluralistische Gesellschaft erleichtert Nachrichtendiensten fremder Staaten die Informationsbeschaffung. Hauptträger der Spionageaktivitäten gegen Deutschland sind derzeit die russische Föderation und die Volksrepublik China. Darüber hinaus sind vornehmlich Länder des Nahen und Mittleren Ostens und Nordafrikas nachrichtendienstlich in Deutschland aktiv.

Die Nachrichtendienste dieser Staaten sind in unterschiedlicher Personalstärke an den jeweiligen amtlichen und halbamtlichen Vertretungen in Deutschland präsent und unterhalten dort sogenannte Legalresidenturen. Darunter versteht man Stützpunkte eines fremden Nachrichtendienstes, abgetarnt in einer offiziellen (z.B. Botschaft, Generalkonsulat) oder halboffiziellen (z.B. Presseagentur, Fluggesellschaft) Vertretung im Gastland.

Die dort angeblich als Diplomaten oder Journalisten tätigen Nachrichtendienstmitarbeiter betreiben entweder selbst offene oder verdeckte Informationsbeschaffung oder leisten Unterstützung bei nachrichtendienstlichen Operationen, die direkt von den Zentralen der Nachrichtendienste in den Heimatländern geführt werden. Daneben führen Nachrichtendienste auch Operationen ohne Beteiligung ihrer Legalresidenturen durch.

Fremde Nachrichtendienste handeln nicht allein nach gesetzlichen Aufgabenzuweisungen, sondern werden zudem politisch gesteuert. Die

Schwerpunkte ihrer jeweiligen Beschaffungsaktivitäten orientieren sich an den aktuellen politischen Vorgaben oder wirtschaftlichen Prioritäten in ihren Staaten. Die Aufklärungsziele ausländischer Nachrichtendienste reichen von der Informationsbeschaffung aus Politik, Wirtschaft, Militär sowie Wissenschaft und Technik bis hin zur Ausspähung und Unterwanderung in Deutschland ansässiger Organisationen und Personen, die in Opposition zu ihren Regierungen im Heimatland stehen. Nachrichtendienste dieser Staaten (wie Iran, Syrien, China) legen ihren Aufklärungsschwerpunkt auch auf die Ausspähung von Oppositionellen. Um ihr Aufklärungsziel zu erreichen, versuchen diese Nachrichtendienste, ausgewählte Personen aus der Oppositionsbewegung mit dem Ziel einer Verpflichtung zur nachrichtendienstlichen Zusammenarbeit anzusprechen. Bei Ablehnung wird den betroffenen Personen oder ihren in der Heimat lebenden Angehörigen oftmals mit Repressalien gedroht.

Vor dem Hintergrund der Globalisierung der Märkte und neuer weltpolitischer Konstellationen hat die Bedeutung der Wirtschaftsspionage in den letzten Jahren stetig zugenommen. Im Zentrum der Ausforschung durch fremde Nachrichtendienste stehen wegen ihres enormen ökonomischen Potenzials auch Unternehmen in der Bundesrepublik Deutschland. Staaten mit Technologierückstand sind besonders an der Beschaffung von Informationen über Fertigungstechniken und technischem Know-how interessiert, um auf dem Markt mit kostengünstiger gefertigten Nachbauten (auch Plagiate) wettbewerbsfähig zu sein und zum anderen Kosten für eigenen Entwicklungen und Lizenzgebühren zu sparen. Technisch und wirtschaftlich hoch entwickelte Staaten interessieren sich mehr für wirtschaftspolitische Strategien, sozialökonomische und politische Trends, Markt- und Unternehmensstrategien, komplexe Fertigungstechniken bis hin zu Informationen über Preisgestaltungsmodalitäten und Zusammenschlüssen von Unternehmen. Daher kommt der Sensibilisierung, Information und Aufklärung von

Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen über die Gefahren der Wirtschaftsspionage eine hohe Bedeutung zu.

Darüber hinaus bemühen sich einige Länder (sogenannte Risikostaat wie Iran, Nordkorea und Syrien) darum, in den Besitz von Technologien für atomare, biologische oder chemische Massenvernichtungswaffen mit den erforderlichen Trägersystemen zu gelangen sowie die hierzu erforderlichen Güter und das entsprechende Know-how zu erwerben (Proliferation). Massenvernichtungswaffen und entsprechende Trägertechnologie sind als Gesamtprodukte auf dem freien Markt nicht erhältlich. Deshalb versuchen die Proliferation betreibenden Staaten systematisch, Kontrollmaßnahmen durch Lieferung von Teilprodukten über Drittländer und durch die Beschaffung von „Dual-use“-Produkten, die sowohl zivil als auch militärisch nutzbar sind, zu umgehen. Deutschland ist als eine der führenden Industrienationen und als Standort zahlreicher Unternehmen der Spitzentechnologie ein Zielgebiet für entsprechende Beschaffungsbemühungen dieser Risikostaat. Deshalb sind in Deutschland seit Jahren intensive und stetig ansteigende Beschaffungsbemühungen zu verzeichnen. Iran spielt hier wegen seines umstrittenen Nuklearprogramms eine herausragende Rolle.

Eine besondere Gefahr mit Zielrichtung „Wirtschaftsspionage/Proliferation“ stellen „Elektronische Angriffe“ auf Computersysteme von Wirtschaftsunternehmen dar. Angesichts der ausgewählten Ziele und der angewandten Methoden erscheint eine staatlich gelenkte nachrichtendienstliche Steuerung in vielen Fällen als sehr wahrscheinlich.

„Elektronische Angriffe“ haben sich zu einer wichtigen Methode der Informationsgewinnung für fremde Nachrichtendienste entwickelt und ergänzen als zusätzliche Informationsquelle die bislang eingesetzten nachrichtendienstlichen Mittel. Neben der Informationsgewinnung sind auf

diesem Weg verbreitete „Schadprogramme“ auch in der Lage, Sabotagefunktionen auszuführen, die gerade beim Einsatz gegen sensible Infrastrukturen erhebliche Auswirkungen haben könnten.

Auch auf Behörden zielende „Elektronische Angriffe“ mit nachrichtendienstlichem Hintergrund waren im vergangenen Jahr festzustellen. Fallzahlen belegen die weiterhin hohe Gefährdung für die Informationssicherheit von Bundesbehörden und sonstiger staatlicher Stellen durch solche Angriffe.

Nach den bisher vorliegenden Analysen ist davon auszugehen, dass die Mehrzahl dieser Attacken einen staatlich gelenkten nachrichtendienstlichen Hintergrund besitzt. Die zur Durchführung der Angriffe erforderlichen Infrastrukturen und die sehr hohe Qualität und Zielrichtung deuten auf Parallelen zu früheren Angriffen aus China und Russland hin. Auch ist nach wie vor von einer hohen Dunkelziffer nicht erkannter „Elektronischer Angriffe“ auf deutsche Wirtschaftsunternehmen auszugehen.

Nicht zuletzt hat die sogenannte „NSA Affäre“ klargemacht, dass elektronische Spionageaktivitäten auch von sog. „befreundeten Nationen“ ausgehen. Nach Darstellung eines früheren Mitarbeiters hat der US-amerikanische Geheimdienst NSA über Jahre hinweg auf Internetdaten unter anderem auch in Deutschland zugegriffen und diese gesammelt. Zudem sollen Telefonate von europäischen Staats- und Regierungschefs systematisch abgehört worden sein. So ergaben sich im Oktober 2013 auch erste Hinweise auf das Abhören der Kommunikation von Bundeskanzlerin Angela Merkel. Neben der Erfassung entsprechender Metadaten soll dabei angeblich auch eine Aufzeichnung von Gesprächsinhalten erfolgt sein.

Die Aktivitäten befreundeter Staaten müssen künftig bei der Spionageabwehr stärker als bisher berücksichtigt werden. Dazu wird es erforderlich sein, in enger Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern im Verfassungsschutzverbund neue Bearbeitungsansätze zu konzipieren, die mit einem „360 Grad Blickwinkel“ Spionagetätigkeiten aller Staaten erfassen. Dieser Diskussionsprozess hat bereits begonnen und wird im Kontext der politischen Diskussion zu diesem Thema fortgeführt.

Wichtiger als die Verfolgung einzelner Spionageaktivitäten, die häufig gar nicht erkannt werden, ist die Prävention durch die Sensibilisierung von saarländischen Unternehmen. Gerade kleine und mittelständige Unternehmen verfügen häufig im Hinblick auf Firmensicherheit weder über die notwendigen personellen noch finanziellen Ressourcen. Sie unterschätzen nach den Erfahrungen der Verfassungsschutzbehörden oft die möglichen Risiken für ihr Unternehmen. Diese Fehleinschätzung kann unter Umständen existenzielle Folgen haben. Die Spionageabwehr unterstützt daher saarländische Firmen und Forschungseinrichtungen, bei denen aufgrund von nachrichtendienstlichen Erkenntnissen bekannt ist, dass sie möglicherweise im Zielspektrum fremder Nachrichtendienste stehen könnten.

Durch Sensibilisierung und Beratung werden dabei Vorgehensweisen und potenzielle Gefahren durch Wirtschaftsspionage angesprochen und Schutzmaßnahmen/Verhaltensregeln bei Geschäftsreisen in Staaten mit besonderen Sicherheitsrisiken anhand von Beispielen verdeutlicht. Saarländische Firmen, die geschäftliche Kontakte nach China, in die GUS-Staaten und in den Iran unterhalten, werden über Spionagerisiken und die bekanntgeworden Methoden fremder Nachrichtendienste aufgeklärt.

Im Rahmen dieser Sensibilisierungen werden stets auch die im Verfassungsschutzverbund einheitlich erstellten Broschüren „Wirtschaftsspionage - Risiko für Ihr Unternehmen“ und „Proliferation“ sowie Merkblätter mit Sicherheits- und Verhaltensweisen, z.B. bei Geschäftsreisen, übergeben.

In mehreren Terminen wurden beispielhaft die Industrie- und Handelskammer des Saarlandes, Unternehmensverbände und Firmenverantwortliche über Spionagerisiken informiert. In Vorträgen von Experten aus dem saarländischen LfV und dem BfV wurden Vorgehensweisen ausländischer Nachrichtendienste und Risiken vorgestellt.

Neben der Sensibilisierung im Rahmen des Wirtschaftsschutzes stellt die Verhinderung der Proliferation einen weiteren Arbeitsschwerpunkt der Spionageabwehr dar. Saarländische Firmen, die proliferationsrelevante Produkte herstellen, wurden in Sensibilisierungsgesprächen über Beschaffungsmodalitäten iranischer, syrischer und nordkoreanischer Nachrichtendienste informiert.

VI. Organisierte Kriminalität

Das Landesamt für Verfassungsschutz gewinnt und bewertet sach- und personenbezogene Informationen über kriminelle Strukturen.

Ziel ist es, ohne den Druck des Legalitätsprinzips Strukturen Organisierter Kriminalität zu erkennen sowie die Täter und Hintermänner zu ermitteln. Die Ergebnisse werden an die Strafverfolgungsbehörden abgegeben. Hierdurch leistet das Landesamt auch einen Beitrag zur Bekämpfung der allgemeinen Kriminalität.

Anhang

In dem vorstehenden Bericht sind folgende extremistische Organisationen bzw. Gruppierungen genannt, die im Berichtszeitraum im Saarland strukturell vertreten und aktiv waren:

1. Rechtsextremismus

1.1 Rechtsextremistische Parteien

„Nationaldemokratische
Partei Deutschlands“
(NPD)



Quelle: <https://de-de.facebook.com/npd.de>

NPD Landesverband
Saar einschließlich
seiner lokalen
Teilvertretungen



Quelle: <https://de-de.facebook.com/npdsaar>

1.2 Subkulturell geprägte Rechtsextremisten und gewaltorientierte Rechtsextremisten.

„Hammerskin“ (HS)
Chapter Westwall



Quelle: <http://bremer-schattenbericht.com/wp-content/uploads/2013/05/HN-logo.jpg>

1.3 Rechtsextremistische Bands

Jungsturm

Wolfsfront

1.4 Kameradschaften

Sturmdivision Saar



Quelle: <https://linksunten.indymedia.org/de/system/files/images/6550501854.jpg>

2. Linksextremismus

2.1 Gewaltorientierte autonome Szene Saar

Antifa Saar/Projekt AK



Quelle: <http://antifa-saar.org/>

antinationale.org
(ANO; bis Mai 2013)



Quelle: <http://www.a-netz.org/>

2.2 Gewaltorientierte antiimperialistische Szene Saar

„BASIS“
Büro und Anlaufstelle
für Selbstorganisation
– Internationalismus –
Soziale Emanzipation



Quelle: <http://www.sandimgetriebe.de/basis/stern.gif>

Libertad! Saar



Quelle: <http://www.libertad.de/>

2.3 Linksextremistische Parteien

„Deutsche
Kommunistische Partei“
(DKP)



Quelle: <http://www.dkp.de/>

„Marxistisch-
Leninistische Partei
Deutschlands“ (MLPD)



Quelle: <http://www.mlpd.de/>

3. Ausländerextremismus (ohne Islamismus)

„Arbeiterpartei
Kurdistan“ (PKK)



Quelle: <https://de.wikipedia.org>

„Verband der
Studierenden aus
Kurdistan“ (XYK)



Quelle: <http://www.yxkonline.com/>

„Befreiungstiger von
Tamil Eelam“ (LTTE)



Quelle: <http://www.ntamil.com/>

4. Islamismus / islamistischer Terrorismus

„Islamische
Gemeinschaft Milli
Görüs“ (IGMG)



Quelle: <http://www.igmg.org/>

„Hizb Allah“ (HA)



Quelle: <http://rehmat1.com/2008/08/13/hizballah-the-party-of-allah/>

„Muslimbruderschaft“
(MB)



Quelle: <http://europenews.dk/>

„Tabligh-i-Jama`at-
Bewegung“ (TJ)



Quelle: <http://tablighijamaatijtema.blogspot.de/>

**Ministerium für
Inneres und Sport**
Franz-Josef-Röder-Str. 21
66119 Saarbrücken
E-Mail:
lagebild-verfassungsschutz@
innen.saarland.de
www.innen.saarland.de

- Ministerium für
Inneres und Sport

